



Gesellschaft für  
bedrohte Völker

# Unsere Menschenrechtsarbeit 2025



# Inhalt

|                                                                                   |    |
|-----------------------------------------------------------------------------------|----|
| Das Team der Gesellschaft für bedrohte Völker                                     | 4  |
| Vorwort Bundesvorstand                                                            | 5  |
| <b>Menschenrechtsthemen im Fokus</b>                                              |    |
| Erinnerung bewahren als Akt des Widerstands und der Selbstvergewisserung          | 8  |
| Zwischen Repräsentation und Präsentation – Menschenrechtsarbeit als Brückenarbeit | 10 |
| Assimilation per Gesetz: Wie die KPCh Minderheiten gleichschalten will            | 12 |
| Begegnungen mit Vertreter*innen der Nama und Ovaherero in Namibia                 | 14 |
| Einsatz für Menschenrechte – Eine rentable Investition für das reale Leben        | 16 |
| Wo viele Fäden zusammenlaufen – Ein erstes Jahr als Referent der Geschäftsleitung | 18 |
| <b>Aktivitäten und Erfolge</b>                                                    | 22 |
| <b>Die Gesellschaft für bedrohte Völker</b>                                       |    |
| Die Gesellschaft für bedrohte Völker                                              | 50 |
| Freiwilliges Engagement: Fundament unserer Arbeit                                 | 51 |
| Die Sektion Bosnien und Herzegowina                                               | 52 |
| Die Sektion Schweiz                                                               | 53 |
| Die Sektion Südtirol                                                              | 54 |
| Der Förderverein für bedrohte Völker e.V.                                         | 55 |
| <b>Geschäftsführung und Finanzen</b>                                              |    |
| Geschäftsführung und Finanzen                                                     | 57 |
| Auf einen Blick – wichtige Gremien und Kontakte                                   | 66 |
| Impressum                                                                         | 67 |

# Unser Team



Sarah Reinke



Gerrit Jan Hofert



Laura Mahler



Jasna Causevic



Mirjam Kobold



Jan Königshausen



Eliane Fernandes



Dr. Kamal Sido



Daniel Matt



Sarah Neumeyer



Mohamed Lamrabet



Jonas Bermaoui



Elena Dellmuth



Myriam Givens



Betül Matur



Serdar Baysal



Christian Rach



Cécile Ayoub



Linda Döring

# Vorwort Bundesvorstand

Liebe Mitglieder, liebe Freundinnen  
und Freunde der GfbV,

wieder liegt ein ereignisreiches Jahr hinter uns,  
über das wir Ihnen im Folgenden berichten. Unter  
den zahlreichen Themen war das Gedenken an-  
lässlich des 30. Jahrestages des Genozids von  
Srebrenica ein herausragendes Ereignis für die  
GfbV. Keine andere Menschenrechtsorganisation  
hat in den 1990er Jahren so früh, so entschlossen,  
so verzweifelt versucht, die Öffentlichkeit über  
die ungeheuerlichen Verbrechen auf dem Balkan  
zu informieren. Die Solidarität mit den Menschen  
in Bosnien-Herzegowina und der Einsatz für ei-  
nen gerechten Frieden, der bis heute fehlt, sind  
ein wesentlicher Bestandteil der Geschichte un-  
seres Vereins.

Im Juli 2025 haben wir gemeinsam mit den Bun-  
destagsabgeordneten Adis Ahmetović und Mi-  
chael Brand eine Gedenkveranstaltung im Deut-  
schen Bundestag mitorganisiert. Für uns war es  
bewegend, dass im Herzen der deutschen Demo-  
kratie an diesen Genozid erinnert wurde. Die vie-  
len Dankesworte von Menschen aus Bosnien zei-  
gen, wie wichtig es ist, dass wir „dran bleiben“.  
Engagiert und entschlossen für Menschengrup-  
pen einzutreten, die von Verfolgung, Vertreibung  
und Genozid bedroht sind, ist unser Grundver-  
ständnis, wie wir es seit der Gründung vor fast 60  
Jahren durch Tilman Zülch entwickelt haben.

In diesem Jahr 2026 steht intern ein wichtiger  
Schritt an: Im Mittelpunkt unserer Jahreshaupt-  
versammlung im Herbst wird die Reform unserer  
Satzung stehen, die wir 2025 vorgestellt haben.

Zentral ist die Neugestaltung der Führung: Die  
Leitung einer hochspezialisierten Organisation  
erfordert professionelle Strukturen und verlässli-  
che Perspektiven. Künftig soll an die Stelle des  
bisher ehrenamtlichen Vorstands ein hauptamt-  
lich geschäftsführender Vorstand treten. Die Mit-  
gliederversammlung bleibt das höchste Organ  
des Vereins. Sie wählt einen ehrenamtlichen Auf-  
sichtsrat, der den geschäftsführenden Vorstand  
bestellt, begleitet und kontrolliert. Das wird uns  
handlungsfähiger und damit wirksamer machen.  
Die vielen Mitwirkungsmöglichkeiten für Mitglie-  
der und ehrenamtlich Aktive bleiben natürlich  
bestehen. Wir sind wirklich sehr dankbar für die  
engagierte und kompetente Arbeit unserer haupt-  
und ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitar-  
beiter. Unserer kleinen Organisation gelingt es  
immer wieder, auf Notlagen aufmerksam zu ma-  
chen und wirksame Prozesse zu ihrer Besserung in  
Gang zu setzen.

Getragen wird diese Arbeit aber auch von Ihnen,  
liebe Mitglieder und Ehrenamtliche, liebe Spen-  
derinnen und Spender, Förderinnen und Förderer,  
Abonentinnen und Abonnenten. Nur durch Ihr  
fortdauerndes Engagement und Ihre finanzielle  
Unterstützung können wir unsere wichtige Arbeit  
leisten. Dafür danken wir Ihnen auch im Namen  
aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Wir hof-  
fen, dass Sie uns weiterhin treu bleiben, damit wir  
uns für religiöse und ethnische Minderheiten, In-  
digenen Völker und die Opfer von Genozid einset-  
zen können.

Herzliche Grüße  
Ihr Bundesvorstand

# Menschenrechte im Fokus



Auf den folgenden Seiten berichten unsere Referent\*innen: Sie analysieren die menschenrechtliche Lage, berichten von Reisen und Begegnungen, zeichnen langfristige Entwicklungen nach und vor und reflektieren ihre Menschenrechtsarbeit im Kontext globaler Polykrisen und schwieriger werdender Bedingungen.

*Foto: Sarah Neumeyer/GfbV*

# Erinnerung bewahren als Akt des Widerstands und der Selbstvergewisserung

Unsere ukrainische Partnerorganisation, die NGO „Nordasowsche Griechen, Urum und Rumei“ hat für eine Veranstaltung in Berlin eine Ausstellung vorbereitet: Familienfotos von nordasowschen Griechen aus den 1930er Jahren, Zeichnungen des Künstlers Antolii Belov von bekannten Persönlichkeiten der Zeit. Und Bilder, auf denen nur Umriss zu sehen sind, für die Menschen, von denen es keine Fotos mehr gibt. Sie alle wurden im Rahmen der sogenannten „griechischen Aktion des NKWD“ ermordet. Alle Familien dieser Minderheit, waren von den Gräueltaten des sowjetischen Geheimdienstes betroffen. Sie war Teil einer Reihe sogenannter „nationaler Aktionen“ während des Großen Terrors in der UdSSR, in deren Verlauf Angehörige verschiedener ethnischer Minderheiten unter dem Vorwand von „Spionage“ und „antisowjetischen Aktivitäten“ verfolgt und hingerichtet wurden. Die Eliten der Gemeinschaft wurden gezielt ermordet, ebenso die Kultur zerstört: Schulen, Theater und Verlage wurden geschlossen, wer seine Muttersprache sprach, war in Gefahr. Bis zu 7.000 nordasowsche Griechen starben damals. Für ihre Nachfahren steht dieses Verbrechen für den entsetzlichen Verlust von Menschenleben und die existentielle Bedrohung ihrer Identität als Gemeinschaft. Heute setzen sie sich damit auseinander, weil ihr Überleben erneut gefährdet ist: Alle ihre 76 Siedlungen in Donezk sind unter russischer Besatzung oder wurden von der russischen Armee zerstört. Im von ihnen gegründeten Mariupol haben die Besatzer das Museum, das den Alltag der Vielvölkerstadt zeigte, zu einem Museum über den Stalin-Vertrauten Andrej Schdanow umgewandelt.

Zur Ausstellungseröffnung in Berlin, die ich moderieren durfte, sagte die Leiterin der NGO „Nordasowsche Griechen, Urum und Rumei“, Olya Tsyprykova: „Autoritäre Regime, sowohl in der Vergangenheit als auch in der Gegenwart, fürchten sich zutiefst vor mindestens zwei Dingen: Wissen und Erinnerung. Deshalb verfolgen sie Intellektuelle, löschen Archive, zerstören das kulturelle Erbe, besetzen Gebiete und versuchen, ganze Gemeinschaften zum Schweigen zu bringen. Der Kampf gegen diese Regime ist daher auch ein Kampf um das Gedenken. Indem wir uns heute hier versammeln, an der Diskussion teilnehmen und die alten Familienfotos betrachten, schaffen wir symbolisch einen Raum für diejenigen, denen das Recht verwehrt wurde, für sich selbst zu sprechen. Und vielleicht beginnt hier die Gerechtigkeit. Gerechtigkeit in der Erinnerung.“

Gemeinsam mit der ukrainischen Agency for the advocacy of Roma Culture (ARCA) veranstalteten wir eine Sommerschule für junge Roma und Nicht-Roma. Die ukrainischen Kolleg\*innen konnten eine Wissenschaftlerin dafür gewinnen, an zwei Tagen zur Geschichte der Roma in der Ukraine zu arbeiten. Immer wieder stellten die jungen Roma deren Ansatz in Frage: Es ist unsere Geschichte, wir wollen kein Forschungsobjekt sein, sondern sind Akteure, wir haben diese Geschichte durchlebt, erzählen, bewerten und interpretieren sie! Diesen Anspruch machten sie immer wieder klar, auch ARCA hat ihn. Die NGO hat in den letzten Jahren, während des Krieges, Interviews mit den letzten Überlebenden des Holocausts an den ukrainischen Roma geführt. Ihr Geschichten müssen im kollektiven Gedächtnis der Roma in



Panel zur Ausstellungseröffnung der NGO „Nordasowsche Griechen, Urum und Rumei“, Foto: P.Szostak\_Pilecki Insitute

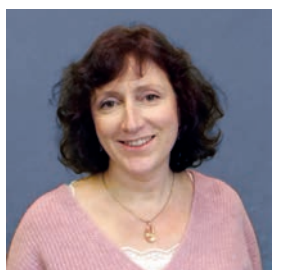
der Ukraine bewahrt und auch Teil der Erinnerungskultur der Ukraine insgesamt werden. In einer Ausstellung stellt ARCA diese Schicksale vor.

In unserem neuen Buch „Die Krimtataren, Geschichte, Kultur Politik“ haben wir Texte junger krimtatarischer und ukrainischer Wissenschaftler\*innen aufgenommen. Oft steht die kollektive Deportation unter Stalin 1944 im Mittelpunkt. Wir zeigen, wie weit zurück die krimtatarische Geschichte reicht und wie eng verwoben sie mit der europäischen ist. So arbeiten wir aktiv an der Bewahrung der krimtatarischen Geschichte mit, auch durch die Arbeit unseres Koordinators Dr. Mieste Hotopp-Riecke, der in einer Dok-Film-Serie Artefakte der Krimtataren in deutschen Museen in ihrem historischen Kontext vorstellt.

Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine zielt auf die Zerstörung des Staates, der russische Geschichtsrevisionismus auf die Zerstörung der ukrainischen Geschichte. Gemeinschaften in der Ukraine wie die autochthonen nordasowschen Griechen, die Roma und Krimtataren engagieren

sich hier intensiv, weil auch ihre Geschichte, ihre Erinnerung, ihr Überleben in Gefahr ist. Es geht ihnen nicht nur um Opfernarrative: Während der „griechischen Aktion“ halfen sich die Menschen gegenseitig, wuchsen über sich hinaus, leisteten Widerstand, der heute Hoffnung gibt. Für die Krimtataren ist ihr jahrzehntelanger friedlicher Widerstand während der Sowjetzeit ein wichtiger Bezugspunkt neben dem Trauma der Deportation. In der ersten Rede einer Nachfahrin der Überlebenden des Holocausts an Roma aus der Ukraine sagte unsere Partnerin Natali Tomenko vor der UN: „Von den Überlebenden erben wir nicht nur die Erinnerung, sondern auch ihre Weisheit. Sie haben uns beigebracht, dass es darum geht, auszuhalten und zu überleben, aber auch darum, Sorge für andere zu tragen, Verantwortung zu übernehmen und in Aktion zu gehen.“

**Sarah Reinke**  
ist Leiterin der  
Menschenrechtsreferate



# Zwischen Repräsentation und Präsentation

## Menschenrechtsarbeit als Brückenarbeit

Wer spricht eigentlich für wen? Diese Frage begleitet mich seit Beginn meiner Arbeit als Referent für Indigene Völker Südamerikas. Als weißer Deutscher spreche ich auf Veranstaltungen, moderiere Filmgespräche und verfasse Artikel über Menschenrechtsverletzungen, Landkonflikte und politische Kämpfe Indigener Völker. In einer vernetzten Welt stellt sich dabei die Frage nach Legitimation und Verantwortung: Wie lassen sich Erfahrungen anderer Lebenswelten sichtbar machen, ohne für sie zu sprechen? Wie schafft Menschenrechtsarbeit Aufmerksamkeit, ohne Stimmen zu überlagern?

Dies verweist auf ein Spannungsverhältnis: das zwischen Repräsentation und Präsentation. Früher sahen sich viele Organisationen als Sprachrohr marginalisierter Gruppen. Heute ist dieses Bild überholt. Indigene Gemeinschaften können selbst für ihre Anliegen sprechen. Sie brauchen keine Stellvertreter\*innen, sondern Gehör.

Menschenrechtsarbeit bedeutet, Brücken zu bauen – zwischen Betroffenen und Entscheidungsträger\*innen, zwischen abgelegenen Regionen und urbanen Zentren, zwischen lokalen Erfahrungen und öffentlichen Debatten, zwischen Südamerika und Deutschland. Damit eine Brücke trägt, müssen ihre Pfeiler auf beiden Seiten fest verankert sein.

Ein Pfeiler liegt für mich in Kolumbien. Anfang 2025 verbrachte ich dort sieben Wochen, um Kontakte zu knüpfen und politische Entwicklungen vor Ort besser zu verstehen. Informationen hätte ich auch aus Berichten oder digitalen

Gesprächen beziehen können. Doch Informationen allein tragen keine Brücke. Was vor Ort entsteht, ist etwas anderes: die Gespräche nach offiziellen Terminen, die Fahrten durch Regionen, die auf Landkarten kaum verzeichnet sind, die Begegnungen mit Menschen, deren Alltag von Gewalt oder Vertreibung geprägt ist. Es sind die Geschichten hinter den Statistiken und die Emotionen, die diese tragen.

In einem Dorf höre ich Sorgen um die Wasserversorgung. Wenige Tage später sehe ich die Auswirkungen eines Bergbauprojekts. Aktivist\*innen berichten von Bedrohungen. Das lässt sich dokumentieren, doch das volle Gewicht dieser Umstände erschließt sich erst in der unmittelbaren Begegnung. Gerade heute, wo Informationen in Sekunden um die Welt reisen, wird diese Präsenz wichtiger, nicht weniger wichtig. Denn Kontext entsteht nicht durch Information, sondern durch Beziehungen, Vertrauen und gemeinsame Erfahrungen. Dabei wachsen Beziehungen nicht punktuell. Sie entstehen über Jahre durch Verlässlichkeit und wiederkehrende Begegnungen. Je kontinuierlicher die Präsenz, desto belastbarer die Netzwerke und desto tiefer das Verständnis für die lokalen Dynamiken.

Der zweite Pfeiler liegt in Deutschland: in politischen Gesprächen, in den Medien, auf Podien, in Schulen und Kulturhäusern. Hier entsteht gesellschaftliche Aufmerksamkeit. Unsere Aufgabe ist nicht mehr, für andere zu sprechen, sondern Zugänge zu schaffen. Wir öffnen Tore, reichen Mikrofone weiter und schaffen Räume, in denen andere selbst sprechen können.



Die Erfahrungen aus Südamerika speisen Gespräche mit Menschen in Deutschland. Foto: Jan Königshausen/GfbV

Wann immer möglich, geschieht das direkt – während Delegationsreisen, über Videos, Tonaufnahmen oder Zitate. Oft sind es die Stimmen unserer Partner\*innen selbst, die am eindrücklichsten vermitteln können, worum es geht. Wenn Tita Velazquez in einem Dokumentarfilm von ihrem Kampf berichtet, kann ich ihre Stimme nicht ersetzen. Meine Aufgabe beginnt dort, wo ihre endet: bei der Einordnung und dem Schaffen von Kontext.

Gleichzeitig bedeutet Sichtbarkeit nicht automatisch Zugang. Viele Räume werden von ungleichen Machtverhältnissen geprägt. Hier kommt die kulturelle Übersetzung ins Spiel. Menschen, die sich zwischen Welten bewegen, können Erfahrungen in Kontexte übertragen, in denen sie sonst ungehört bleiben. Entscheidend ist nicht das Vertreten, sondern das Ermöglichen: der Einsatz von Privilegien und Reichweite, um marginalisierte Stimmen hörbar zu machen.

Menschenrechtsarbeit funktioniert im Zusammenspiel von Repräsentation und Präsentation. Sie schafft Räume, in denen Menschen selbst sprechen können. Dafür braucht es Brückenbauer\*innen: Menschen, die beide Ufer kennen, Beziehungen pflegen und bereit sind, Zeit zu investieren. Ihr Wissen, ihre Fähigkeiten und Emotionen stellen sie in den Dienst der Sache.

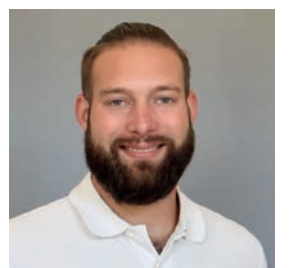
Präsenz vor Ort und Austausch mit Partner\*innen bleiben unverzichtbar. Weil wir nicht für andere

sprechen, sondern vermitteln, sind Beziehungen, Vertrauen und Kontextwissen die Grundlage unserer Glaubwürdigkeit. Informationen sind überall verfügbar. Glaubwürdigkeit entsteht jedoch durch langfristige Begleitung.

Menschenrechtsarbeit ist Brückenbauarbeit. Je stärker die Verbindung zwischen den Ufern, desto größer die Chance, dass aus Aufmerksamkeit Solidarität wird – und aus Solidarität politischer Wandel.



Gemeinsame Momente wie hier am Frühstückstisch geben Raum für zwischenmenschliches Erleben. Foto: Jan Königshausen/GfbV



**Jan Königshausen**  
ist Referent für  
Indigene Völker

# Assimilation per Gesetz: Wie die KPCh Minderheiten gleichschalten will

Das „Law on Promoting Ethnic Unity and Progress“ (2026) wurde am 12. März 2026 vom chinesischen Parlament verabschiedet und trat am 1. Juli 2026 in Kraft. Offiziell soll es nationale Einheit, soziale Stabilität und die Modernisierung des Landes fördern. Kritiker bewerten das Gesetz jedoch als rechtliche Verankerung einer assimilationistischen Minderheitenpolitik, die regionale Autonomie und kulturelle Vielfalt zugunsten einer zentralisierten, von der Kommunistischen Partei Chinas (KPCh) geführten nationalen Identität zurückdrängt.

Ein zentraler Bestandteil des Gesetzes ist die Betonung der Einheit aller ethnischen Gruppen unter der Führung der KPCh. Im Mittelpunkt steht die Förderung eines starken „Gemeinschaftsgefühls der chinesischen Nation“ (中华民族共同体意识). Nationale Einheit und ideologische Loyalität erhalten Vorrang vor regionaler Selbstbestimmung oder kultureller Eigenständigkeit. Besonders umstritten ist die Sprachpolitik: Artikel 15 erklärt Hochchinesisch (Mandarin) zur grundlegenden Unterrichtssprache in allen Schulen und Bildungseinrichtungen, beginnend bereits im Vorschulalter. Zwar dürfen Minderheitensprachen weiterhin genutzt werden, sie sollen jedoch die Verbreitung von Mandarin nicht behindern. Auch Behörden, Medien und öffentliche Einrichtungen sind verpflichtet, Mandarin zu priorisieren.

Im Bildungsbereich schreibt das Gesetz vor, dass Schulen patriotische und ideologische Inhalte vermitteln müssen, darunter Sozialismus, das „Xi-Jinping-Denken“ und eine gemeinsame chinesische Kultur. Gleichzeitig verbietet es Handlungen,

die die „ethnische Einheit“ gefährden oder „Spaltung“ fördern könnten. Ausländische Kritik wird dabei regelmäßig als unzulässige Einmischung in innere Angelegenheiten dargestellt.

Im Vergleich zum „Law on Regional Ethnic Autonomy“ von 1984, das Minderheiten formal sprachliche, kulturelle und teilweise politische Autonomie garantierte, markiert das neue Gesetz einen deutlichen Kurswechsel. Während das frühere Gesetz den Schutz kultureller Besonderheiten und den Unterricht in Minderheitensprachen ermöglichte, steht nun die nationale Einheit im Zentrum. Autonomie bleibt zwar formal bestehen, wird jedoch der staatlichen Integrations- und Assimilationspolitik untergeordnet. Kritiker sprechen daher von einem Übergang von nomineller Autonomie zu zentralisierter Kontrolle.

Besonders stark betroffen sind Regionen wie Xinjiang, Tibet und die Innere Mongolei, in denen ähnliche Maßnahmen bereits in den vergangenen Jahren umgesetzt wurden. Für die uigurische Bevölkerung bedeutet das Gesetz eine weitere Marginalisierung der uigurischen Sprache sowie eine verstärkte Kontrolle religiöser und kultureller Praktiken. Mandarin dominiert zunehmend Schulen und den öffentlichen Raum, während islamische Traditionen im Rahmen einer staatlich gelenkten „Sinisierung“ umgestaltet werden. Menschenrechtsorganisationen warnen zudem vor verstärkter Überwachung, Zwangsarbeit und transnationaler Repression gegen die uigurische Diaspora. In Tibet wird eine weitere Schwächung der tibetischen Sprache und Kultur befürchtet, insbesondere durch den Ausbau von Internats-



Der Besuch des chinesischen Außenministers Wang Yi bot Gelegenheit, die Repression von Minderheiten im Land anzuprangern  
Foto: GfbV

schulen, die patriotische Erziehung und die stärkere staatliche Kontrolle des tibetischen Buddhismus. Auch andere Minderheiten wie Mongolen, Hui oder Kasachen sind betroffen, da das Gesetz die Schaffung „gemischter Gemeinschaften“, Migration und die Förderung einer han-chinesisch dominierten nationalen Identität vorantreibt.

Auf internationaler Ebene löste das Gesetz scharfe Kritik aus. Acht UN-Sonderberichterstatter richteten am 16. April 2026 einen gemeinsamen Brief an die chinesische Regierung, in dem sie erhebliche menschenrechtliche Bedenken äußerten. Sie sahen in dem Gesetz einen Verstoß gegen internationale Verpflichtungen Chinas, insbesondere gegen die Kinderrechtskonvention und den Internationalen Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte. Kritisiert wurden vor allem die Sprach- und Bildungspolitik sowie unklare Formulierungen, die einen „Chilling Effect“ auf Meinungsfreiheit und Forschung haben könnten. Das Europäische Parlament verurteilte das Gesetz als Verschärfung der Unterdrückung ethnischer Identitäten und forderte dessen Rücknahme oder grundlegende Überarbeitung. Menschenrechtsorganisationen wie die GfbV, Human Rights Watch und Amnesty International unterstützten diese Kritik und warnten vor Assimilation und schwerwiegenden Menschenrechtsverletzungen. Exilor-

ganisationen, darunter die International Campaign for Tibet und der World Uyghur Congress, bezeichneten das Gesetz als „Kodifizierung kulturellen Genozids“ und als rechtliche Absicherung bestehender Repressionspraktiken.



Chinesische Minderheiten wehren sich auf allen Ebenen gegen die Assimilationsversuche der KPCh – beispielweise auf Side Events beim UN-Menschenrechtsrat Foto: Hanno Schedler/GfbV



**Jasna Causevic**  
ist Referentin für  
Genozid-Prävention und  
Schutzverantwortung

# Begegnungen mit Vertreter\*innen der Nama und Ovaherero in Namibia

Jedes Jahr am 12. April organisiert die Nama Traditional Leaders Association (NTLA), die offizielle Vertretung der Nama in Namibia, eine Gedenkveranstaltung. An diesem Tag im Jahr 1893 überfielen deutsche Soldaten unter dem Kommando von Curt von François den Ort Hornkranz mit dem Befehl, den Witbooi-Clan der Nama auszulöschen. Der Angriff endete in einem Massaker, bei dem etwa 80 Menschen ums Leben kamen. Für die Nama markiert das Hornkranz-Massaker den ersten Akt des Genozids gegen ihre Gemeinschaft. Der Ort des jährlichen Gedenkens ist Shark Island – eine Halbinsel bei !NamiǁNūs/Lüderitz im Südwesten Namibias. Wer sie heute besucht, sieht auf den ersten Blick Privathäuser, bis vor kurzem gab es einen Campingplatz mit Meerblick. Kaum etwas erinnert an das Konzentrationslager der deutschen Kolonialzeit, in dem Tausende Nama und Ovaherero unter unmenschlichen Bedingungen ums Leben kamen.

2025 nahmen auch wir, Sarah Neumeyer und Laura Mahler, für die GfbV an der Gedenkveranstaltung teil. Schon um fünf Uhr morgens durften wir erleben, wie die Nama-Ältesten beim Sonnenaufgang zu ihren Ahn\*innen sprachen – eine besondere Ehre. Zudem wurden wir später am Nachmittag Zeuginnen des ersten Pressestatements des neu gegründeten NTLA-Jugendkomitees. Vom 9. bis 11. April fand in !NamiǁNūs die erste Jugendkonferenz der NTLA statt, die wir begleiteten. Mehr als einhundert junge Nama, Bewohner\*innen von Lüderitz, traditionelle Autoritäten und Vertreter\*innen aus Wirtschaft und Politik kamen zusammen. Ziel war es, die junge Generation stärker in die Diskussion über die Zukunft der Nama einzubinden.

Die Geschichte der deutschen Kolonialzeit ist in Namibia bis heute präsent: Zäune an der Straße markieren Land, das einst gewaltsam enteignet wurde und das bis heute im Besitz meist weißer Farmer\*innen ist. Auf dem Weg nach !NamiǁNūs führen wir am TsauǁKhaeb-Nationalpark vorbei. Das angestammte Nama-Gebiet wurde während der deutschen Kolonialzeit zunächst zum Diamantensperrgebiet erklärt und später zum Nationalpark umgewidmet. Den Nama ist der Zugang bis heute verwehrt – nun soll hier das milliardenschwere Hyphen-Wasserstoffprojekt entstehen, an dem auch der deutsche Anteilseigner ENERTRAG beteiligt ist.

Dieses Projekt war ein zentrales Thema der Konferenz. Vertreter\*innen von Hyphen betonten wirtschaftliche Chancen, besonders die Aussicht auf Tausende Arbeitsplätze. In einem Land mit hoher Jugendarbeitslosigkeit ist das ein starkes Versprechen. Doch die Teilnehmenden stellten kritische Fragen: Wer profitiert tatsächlich von den Investitionen? Wer bekommt die Arbeitsplätze? Und was bedeutet es, wenn ein Projekt auf Land entsteht, das den Nama einst gewaltsam genommen wurde?

Mehr als 100 Jahre nachdem die deutsche Kolonialmacht ihnen ihr Land nahm, droht heute eine Fortsetzung dieses Unrechts durch den sogenannten „grünen“ Kolonialismus. Akteure aus dem Globalen Norden beanspruchen Land, verdrängen lokale Stimmen und behalten Macht und Gewinne für sich. Obwohl Milliarden in ihrem traditionellen Siedlungsgebiet investiert wurden, wurden die Nama nicht in die Planungen des



Besuch auf dem Herero Friedhof mit Laidlaw Peringanda  
Foto: Sarah Neumeyer/GfbV

Projekts einbezogen. Die Jugendkonferenz formulierte hier klare Forderungen: die Anerkennung historischer Verantwortung, eine echte Beteiligung an Entscheidungen und eine gerechte Verteilung von Nutzen und Lasten. Die Entschlossenheit der Nama-Jugend machte deutlich, dass sie längst bereit sind, sich für ihre Rechte einzusetzen. Wir verabschiedeten uns mit dem Versprechen, sie dabei weiterhin zu unterstützen, auf den Rest der Reise.

Am Tag nach der Gedenkveranstaltung reisten wir weiter nach Swakopmund. Die koloniale Vergangenheit ist hier besonders sichtbar: deutsche Architektur und Straßennamen prägen das Stadtbild. Wir trafen Laidlaw Peringanda im von ihm gegründeten Swakopmund Genocide Museum. Anhand von Fotos erzählte er uns die Geschichte des Konzentrationslagers in Swakopmund, in dem auch seine eigenen Vorfahren inhaftiert waren. Wir besuchten den Herero-Friedhof mit rund 2.000 unbefestigten Gräbern, die Freiwillige mehrmals im Jahr neu aufschütten müssen, weil der Wind sie verweht. Erst seit einigen Jahren schützt eine Mauer den Friedhof; zuvor wurden die Gräber immer wieder durch Autos, Quads und Fußgänger\*innen beschädigt. Direkt daneben liegt der deutsche Friedhof – von Anfang an ummauert und mit befestigten Gräbern, die teilweise noch immer der deutschen Kolonialmacht gedenken. Auch das Marine-Denkmal im Zentrum von Swakopmund erinnert weiterhin an deutsche Soldaten, die am Völkermord beteiligt waren. Der Widerstand eines großen Teils der Deutschnamibier\*innen in Swakopmund gegen eine Umwidmung zeigt, wie umkämpft Erinnerungspolitik in Namibia bis heute ist.



Marsch während der jährlichen Gedenkveranstaltung zur Erinnerung an der Hornkranz-Massaker  
Foto: Sarah Neumeyer/GfbV



Workshop im Rahmen des NTLA-Jugendkongresses  
Foto: Sarah Neumeyer/GfbV

bier\*innen in Swakopmund gegen eine Umwidmung zeigt, wie umkämpft Erinnerungspolitik in Namibia bis heute ist.

Nach eineinhalb Wochen kehrten wir mit vielen Eindrücken – und mit einem klaren Auftrag – zurück: die Forderungen der Nama-Jugend nach Deutschland zu tragen und Druck auf die deutsche Politik und Unternehmen auszuüben.



Laura Mahler  
ist Referentin für  
Subsahara-Afrika

# Einsatz für Menschenrechte – Eine rentable Investition für das reale Leben

Ende 2025 und Anfang 2026, als das islamistische Regime Syriens die Kurden in Aleppo und später im Nordosten des Landes angriff, kam es neben dem Leid, das der kurdischen Bevölkerung dort zugefügt wurde, zu einer Welle der Empörung – nicht nur unter Kurden in Syrien, sondern auch in anderen Teilen Kurdistans (Irak, Türkei, Iran) sowie in der Diaspora. Man äußerte sich sehr negativ über das politische Projekt, das von Kurden in Syrien seit Beginn der syrischen Krise propagiert worden war.

Zu Beginn der syrischen Revolte setzten die Kurden nicht auf einen separaten Kurdenstaat, sondern auf ein gemeinsames Projekt für alle Syrer, das als „Brüderlichkeit zwischen den Völkern“ innerhalb Syriens bezeichnet wurde. Die empörten Kurden stellten die Frage, wie ein solches Projekt der „Brüderlichkeit“ mit Bevölkerungsmehrheiten propagiert werden könne, wenn sich genau diese Bevölkerungsschichten in Syrien, der Türkei, dem Irak oder dem Iran mehrheitlich nicht gegen die Ausrottung der kurdischen Bevölkerung stellten. Dies zeigte, dass die Kurden jeglichen Glauben an Demokratie und Brüderlichkeit verloren.

Tatsächlich ging das islamistische Regime in Damaskus brutal gegen die Kurden in Aleppo vor. Stadtviertel wurden mit Panzern, Raketenwerfern, Artillerie und Drohnen angegriffen. Kurden wurden aus höheren Stockwerken in die Tiefe gestoßen, Frauen und Kinder entführt. Wochenlang lagen Hunderte Leichen auf den Straßen Aleppos. Im Nordosten Syriens, in Städten wie Rakka, machte man Jagd auf Zivilisten. Die kurdische Stadt Kobanî, die nicht nur bei den Kurden, son-

dern weltweit als Symbol des Kampfes gegen den „Islamischen Staat“ (IS) gilt, wurde monatelang belagert und ist immer noch von der Außenwelt abgeschnitten. Kaum Lebensmittel, Medikamente oder Treibstoff gelangen dorthin.

Nicht nur in Kurdistan, sondern auch in Deutschland und weltweit gingen Hunderttausende auf die Straße, um gegen das brutale Vorgehen des Regimes in Damaskus und dessen Unterstützer in der Türkei zu protestieren. Die Kurden waren insbesondere über das Verhalten der deutschen Bundesregierung und der NATO-Regierungen empört. Denn diese hatten sich für das Regime und nicht für die Kurden entschieden. Dabei kämpften die Kurden in Syrien seit Jahren gegen den IS und haben in diesem Kampf mindestens 50.000 Tote und Verletzte zu beklagen.

Unter den Kurden wurden Fragen laut: Warum müssen wir uns gegen den IS, gegen den radikalen Islam wenden, wenn wir am Ende die Verlierer in diesem Krieg sein werden? Wenn sich die westliche Welt am Ende für den radikalen Islam, für islamistische Milizen und nicht für Frauenrechte, Glaubensfreiheit und eine multikulturelle, multiethnische Gesellschaft, für die wir gekämpft haben, entscheidet?

Tatsächlich haben die Kurden trotz der vielen Mängel ihres demokratischen Projekts, die wir immer kritisiert haben, in den von ihnen kontrollierten Gebieten im Nordosten Syriens niemandem ihre Sprache aufgezwungen. Zwar wurde die kurdische Sprache als offizielle Sprache anerkannt, Arabisch wurde jedoch nicht unterdrückt.



*Kurdische Frauen spielten eine entscheidende Rolle im Kampf gegen den IS. Ein Interview mit einer kurdischen Kommandantin in Kobanî, Foto: GfbV*

Auch die aramäische Sprache, die Sprache der zahlenmäßig kleineren christlichen Minderheit in Syrien, wurde zur offiziellen Sprache erklärt.

In den von Kurden kontrollierten Gebieten konnte man am Eingang jedes Dorfes und jeder Stadt Schilder in drei Sprachen lesen: Arabisch, Kurdisch und Aramäisch. Es wurde eine feministische Politik propagiert und umgesetzt, die die Gleichberechtigung von Mann und Frau vorsah. Mindestens die Hälfte aller Posten wurde mit Frauen besetzt. Polygynie, die in Syrien und den meisten islamischen Staaten üblich ist, wurde abgeschafft. Dennoch unterstützte man in Damaskus nicht die Kurden, sondern die Islamisten. Man ließ das politische Projekt der Kurden zerstören.

Als Menschenrechtler hatte ich große Schwierigkeiten, das „demokratische Projekt“ der Kurden in Syrien in meinen Gesprächen in sozialen Medien sowie in Radio- und Fernsehinterviews zu verteidigen. Viele Kurden waren enttäuscht und meinten, Demokratie und Brüderlichkeit seien nur Fassade, nur Theorie und keine Praxis. Ich habe die Kurden ermutigt, den Glauben an Demokratie und Menschenrechte nicht zu verlieren, auch wenn wir viele Rückschläge erlitten haben.

Mein Einsatz für die Menschen- und Minderheitenrechte in Syrien und im Nahen Osten wäre viel erfolgreicher, wenn ich dabei mehr Rückendeckung von der Bundesregierung erhalten würde.

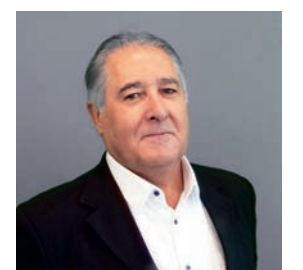


*Die Assyrer/Aramäer in Nordsyrien leben gleichberechtigt und bewahren ihre Sprache und Kultur. Foto: Kamal Sido/GfbV*



*Scheich Murshid Khaznawi (rechts) und der Imam Mohammed Xarzi befürworten eine Trennung von Staat und Religion. Foto: Kamal Sido/GfbV*

Leider fehlt diese Rückendeckung. Was mich aber stärkt und mir Kraft gibt, weiterzumachen, ist die Unterstützung der Mitglieder, Förderer und Spender der GfbV. Genau diese Rückendeckung und Unterstützung motiviert mich noch stärker, für Menschen- und Minderheitenrechte einzusetzen. Denn dieser Einsatz ist eine rentable Investition für das reale Leben. Er fördert die Demokratie und ein friedliches Miteinander.



**Dr. Kamal Sido**  
*ist Referent für ethnische und religiöse Minderheiten*

# Wo viele Fäden zusammenlaufen

## Ein erstes Jahr als Referent der Geschäftsleitung

Im April 2025 wurde bei der Gesellschaft für bedrohte Völker eine neue Stelle geschaffen: die des Referenten der Geschäftsleitung. Für mich hieß das, in eine Funktion hineinzuwachsen, die es in dieser Form zuvor nicht gab. Sie liegt dort, wo im Alltag viele Fäden zusammenlaufen: zwischen Geschäftsleitung, Fachreferaten, Verwaltung, politischer Kommunikation, internationaler Advocacy und Projektentwicklung. Denn die GfbV muss auf menschenrechtliche Krisen schnell reagieren und zugleich langfristig verlässlich an der Seite bedrohter Gemeinschaften stehen. Dafür braucht es Vorbereitung, klare Abstimmung und Strukturen, die auch unter Zeitdruck tragen. Genau hier setzt meine Arbeit an und agiert meist im Hintergrund: Gespräche vorbereiten, Informationen bündeln, Abläufe koordinieren, Kontakte halten, Entscheidungen nachverfolgen und Vorhaben in konkrete Arbeit übersetzen.

Zu Beginn standen Orientierung, Aufbau und Unterstützung bestehender Arbeitsbereiche im Mittelpunkt. Bald kristallisierten sich drei Schwerpunkte heraus: Schnittstellenarbeit innerhalb der GfbV, die Mitwirkung an Aktionen und politischen Veranstaltungen sowie die Koordination unserer Arbeit bei den Vereinten Nationen. Hinzu kamen Aufgaben in der Fördermittelrecherche, der Projektkonzeption und später auch Compliance.

Im Frühjahr war ich zunächst in die Aktionsarbeit eingebunden. Dazu gehörten der Kirchentag 2025 mit dem Schwerpunkt Sudan und die Aktion zum Jahrestag des Sudan-Krieges vor dem Brandenburger Tor. Besonders eindrücklich war für mich die Organisation des Gedenkens zum 30.

Jahrestag des Genozids von Srebrenica. Dafür wurde ein 100 Meter langes Banner mit den Namen aller bisher bekannten Opfer gedruckt und vor dem Brandenburger Tor ausgerollt – auf dem Titelbild dieses Berichts ist es in voller Größe zu sehen. Öffentliche Erinnerung bleibt zentral, gerade wenn (inter-) nationale Aufmerksamkeit zur Tagesordnung übergehen will.

Die UN-Arbeit unterstützte ich bereits, bevor die Verantwortung für diesen Bereich im Sommer offiziell an mich überging. Ein Schwerpunkt war die Delegationsreise der „Bana Group for Peace and Development“ zur 59. Sitzung des UN-Menschenrechtsrates in Genf. Die sudanesischen Frauenrechtsorganisation dokumentiert Menschenrechtsverletzungen und unterstützt insbesondere Frauen und marginalisierte Gruppen. Partner\*innen der GfbV reichten über uns zudem zwei schriftliche Stellungnahmen ein. Insgesamt konnte ich 23 Vertreter\*innen unserer Partnerorganisationen akkreditieren. Dazu gehören: Anmeldung, Terminabsprachen, Briefings, Übersetzungen und Sicherheitsfragen. Entscheidend bleibt natürlich, wie unsere Partner\*innen nicht nur Zugang erhalten, sondern tatsächlich gehört werden.

Im weiteren Jahresverlauf rückten Fördermittelrecherche und Projektentwicklung stärker in den Fokus. Ich recherchierte Fördermöglichkeiten, wirkte an der Konzeption mehrerer Projektanträge mit und begleitete deren Einreichung. Im Berichtszeitraum gab es daraus keine wesentlichen Bewilligungen. Allerdings konnten wir so zentrale Erfahrungen sammeln und Strukturen für die weitere Projektentwicklung aufbauen.



Gedenken zum 30. Jahrestag des Genozids von Srebrenica in Berlin, Foto: Stefanie Grolig/GfbV

Im Herbst rückte die erstmalige Einführung neuer Compliance-Richtlinien in den Mittelpunkt, die ich federführend mitkonzipierte, begleitete und umsetzte. Sie betreffen den Schutz vor sexueller Ausbeutung und Diskriminierung, die Prävention von Korruption sowie Maßnahmen gegen Terrorismusfinanzierung. Damit wurden verbindliche interne Standards und Voraussetzungen für künftige Projektförderung geschaffen.

Gegen Ende des Jahres begannen die Vorbereitungen für ein Side Event bei der 61. Sitzung des UN-Menschenrechtsrates im Frühjahr 2026. Zugleich konnten wir sieben Partner\*innen den Zugang zu weiteren UN-Formaten ermöglichen, darunter zur Konferenz für Wirtschaft und Menschenrechte und zum Forum für Minderheitenfragen. Zehn Vertreter\*innen lokaler Partnerorganisationen nahmen durch die GfbV am Ständigen Forum für indigene Angelegenheiten in New York teil. 2025 war für mich ein Jahr des Aufbaus. Zuständigkeiten, Abläufe, Prioritäten mussten sich erst einspielen, ebenso die Rolle einer neu geschaffenen Stelle. Dabei habe ich gelernt, wie viel Schnittstellenarbeit oft unsichtbar bleibt, aber



Zwei Jahre Krieg im Sudan – Aktion vor dem Brandenburger Tor, Foto: Daniel Matt/GfbV

entscheidend dafür ist, ob Menschenrechtsarbeit wirksam werden kann. Sie schafft Verbindungen zwischen Themen, Menschen und Institutionen und hilft, aus Dringlichkeit Struktur zu machen. Dadurch bleibt die GfbV auch unter schwieriger werdenden politischen Bedingungen handlungsfähig. Gerade in einer Zeit, in der internationale Menschenrechtsräume enger werden, autoritäre Staaten selbstbewusster auftreten und zivilgesellschaftliche Organisationen unter Druck geraten, braucht es diese Arbeit. Sie ersetzt weder die Stimmen der Betroffenen noch die fachliche Arbeit der Referent\*innen. Aber sie kann dazu beitragen, dass diese Stimmen stärker, koordinierter und an den richtigen Stellen gehört werden.



Gerrit Jan Hofert  
ist Referent der  
Geschäftsleitung

# Aktivitäten und Erfolge



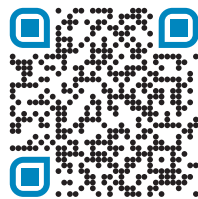
Auf den folgenden Seiten haben wir eine kleine Auswahl unserer vielfältigen Aktivitäten und Erfolge zusammengestellt. Die Kurzberichte führen Sie durch unser Jahr und sind mit Links versehen, damit Sie leicht an weiterführende Informationen gelangen.

Foto: Daniel Matt/GfbV



## „Nationalfeiertag“ der Republika Srpska

Wir forderten den Hohen Repräsentanten für Bosnien und Herzegowina nachdrücklich auf, die Feierlichkeiten zum Gründungstag der Republika Srpska zu unterbinden, da diese den Völkermord verherrlichen und die Opfer sowie deren Angehörige tief verletzen.



Zur unserer  
Pressemitteilung



## Solidarität mit den Sahrauis

Nach einem Anschlag auf das Büro der dänischen NGO Global Aktion verurteilten wir die Einschüchterungsversuche gegen Menschenrechtsverteidiger\*innen, die sich für die Rechte der Sahrauis auf Selbstbestimmung einsetzten, auf das Schärfste.



Zum  
Solidaritätsaufruf



## Armenische Politiker in Haft

Gemeinsam mit dem Zentralrat der Armenier, der Arbeitsgruppe Anerkennung und der IGFM warnten wir vor einem politisch motivierten Schauprozess gegen 16 widerrechtlich Festgenommene armenische Politiker in Baku und forderten die Beobachtung durch deutsche Botschaftsangehörige.



Zum Artikel bei  
Mirror Spectator



## Freiheit für Leonard Peltier

Mit einem eindringlichen Appell an US-Präsident Biden forderten wir dringend die Begnadigung des seit fast fünf Jahrzehnten zu Unrecht inhaftierten Leonard Peltier. Wenig später wurde der schwer kranke Aktivist in den Hausarrest entlassen.

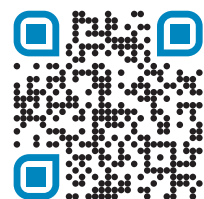
Foto: Stefanie Grolig/GfbV



## Reise nach Kolumbien

Während seiner Kolumbien-Reise konnte sich unser Referent aus erster Hand über die Lage der Tikunas, der Wayúu und anderer Völker informieren, Kontakte knüpfen und Vertrauen aufbauen. Direkte, zwischenmenschliche Begegnungen sind für unsere Arbeit unerlässlich, denn wir brauchen wir immer ein Mandat der Betroffenen. Zudem sind Interviews eine wichtige Grundlage für weitere Projekte, unter anderem in der Region La Guajira, die er ebenfalls besuchte.

Foto: Jan Königshausen/GfbV



Zu unserem  
Instagram-Beitrag



## Rojava im islamistischen Syrien

Bei einer Veranstaltung der Rosa-Luxemburg-Stiftung haben wir über die neuen Machtverhältnisse in Damaskus informiert – vor allem mit Blick auf die kurdisch verwalteten Gebiete in Nordsyrien, die auch den Islamisten im Nachbarland Türkei ein Dorn im Auge sind.



Zur Veranstaltung bei  
der Rosa-Luxemburg-Stiftung



## 5. Indigene Ayahuasca-Konferenz

Bei der 5. Indigenen Ayahuasca-Konferenz kamen Indigene aus Süd-, Mittel- und Nordamerika, Afrika und Asien zusammen. Sie diskutierten über den Schutz traditioneller Heilmittel vor der Verinnahmung durch Pharmakonzerne sowie damit verbundene Rechtsverletzungen.

Foto: Eliane Fernandes/GfbV



## Seminar über Westkurdistan

Das TISHK-Zentrum für Studien über Kurdistan veranstaltete ein Spezialseminar mit dem Titel Westkurdistan (Rojava): Geografie, Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft. Kurz nach der Machtübernahme der Islamisten waren diese Informationen besonders gefragt.

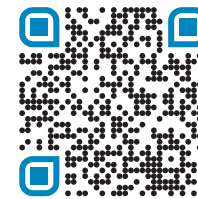


Zum TISHK-Seminar



## Proteste in Serbien

Von der Europäischen Kommission und den EU-Staaten forderten wir, die Jugend-Proteste in Serbien als legitimen Ausdruck demokratischen Widerstands anzuerkennen und die serbische Zivilgesellschaft aktiv zu unterstützen.

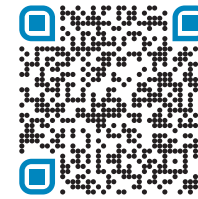


Zum Interview bei  
Radio Fluchtpunkt



## Sanktionen gegen den IstGH

Wir kritisierten die Sanktionen des US-Präsidenten Donald Trump gegen den Internationalen Strafgerichtshof als Angriff auf die internationale Ordnung. Insbesondere die Bundesregierung sowie EU-Mitgliedstaaten sollten die internationale Strafgerichtsbarkeit stärken.



Zum Artikel KRUG 99



## Vortrag in Düsseldorf

Immer wieder organisieren wir öffentliche Veranstaltungen, um aktuelle Informationen zu Konfliktregionen zu verbreiten. Die Situation im Nahen Osten ist dabei, wie bei diesem Vortrag in Düsseldorf, regelmäßig Thema.

Foto: GfbV





## Klimastreik in Berlin

Dem Klimastreik in Berlin schlossen wir uns an, um für die Bedrohungen zu sensibilisieren, die der Klimawandel für Indigene Völker mit sich bringt. Vom nachhaltigen Umgang dieser Völker mit der Natur können wir zugleich vieles lernen.

Foto: Laura Mahler/GfbV



## Schlechte Vorzeichen für Versöhnung

Das neu gegründete siebenköpfige Komitee, das den Weg zu einer Verfassung und Wahlen in Syrien ebnen soll, umfasst keinen einzigen Vertreter der zahlreichen Minderheiten im Land. Es besteht ausschließlich aus arabischen Nationalisten und sunnitischen Islamisten.



Zum Bistum  
Regensburg



## Rom\*nja-Verein gegründet

Wir haben in Göttingen die „Ukrainian Roma Advocacy Alliance - AURA“ gegründet. Sie soll sich zu einer deutschlandweiten Vertretung von Rom\*nja aus der Ukraine entwickeln und diese Gruppe der Geflüchteten gegenüber der Politik, in den Medien, bei Veranstaltungen mit Projekten und Initiativen vertreten. Unsere Partner bei der Gründung sind die Rom\*nja-Jugendorganisation ARCA aus der Ukraine, Experten wie Jonathan Mack und Tobias Neuburger sowie Kolleg\*innen des Zentralrates deutscher Sinti und Roma.

Foto: Sarah Neumeyer/GfbV



Zum Bericht  
bei evangelisch.de



## Jahrestag des Kriegsbeginns

Zum Jahrestag des Kriegsbeginns Russlands gegen die Ukraine waren wir eine Partnerin von Vitsche, der NGO, die die große Demonstration in Berlin organisierte. Wir haben dafür gesorgt, dass Stimmen ukrainischer Minderheiten auf der Schlusskundgebung zu hören waren.

Foto: GfbV



## Systematischer Organraub

In einem offenen Brief prangerten wir den fortschreitenden Organraub an Falun-Gong-Praktizierenden in China an. Die EU, die USA und weitere Staaten müssen diese Praxis endlich ächten und Gesetzesinitiativen wie den „Falun Gong Protection Act“ unterstützen.



Direkt zum  
offenen Brief



## Frauen im Sudan

Zum Weltfrauentag zeigten wir gemeinsam mit unserer Regionalgruppe in Karlsruhe den Film „Forgotten Voices“ über die Situation von Frauen im Sudan. Ilaaf Khalfalla, Mitarbeiterin unserer Partnerorganisation „Bana Group for Peace and Development“, diskutierte im Anschluss mit dem Publikum über die weiterhin katastrophale Lage im Land. Die internationale Gemeinschaft blendet den verheerenden Konflikt seit Jahren aus, trotz der unvorstellbaren humanitären Tragödie.

Foto: Myriam Givens



Zur Projektseite



## Massaker an Alawit\*innen

Nach dem Angriff syrischer Islamisten auf die alawitische Bevölkerung des Landes mit vielen tausend Toten warnten wir vor einem Völkermord und forderten eine mit internationalen Expert\*innen besetzte UN-Untersuchungskommission.



Zum Artikel in der  
Jüdischen Allgemeinen



# Unser Bildkalender 2027 ist da! WENN ARBEIT Leben IST ...

Der Bildkalender 2027 der Gesellschaft für bedrohte Völker nimmt Sie mit auf eine eindrucksvolle Reise zu indigenen Gemeinschaften und Minderheiten, für die Arbeit weit mehr ist als ein Job: Ausdruck ihrer Beziehung zur Umwelt, ihrer Verantwortung füreinander – und oft Grundlage einer Lebensweise, die unter Druck steht.

Es geht unter anderem zu den Afar in die glühende Hitze der Danakil-Senke Äthiopiens und in die arktische Tundra Asiens: Noch immer zieht ein gutes Drittel der dort lebenden Nenzen wie ihre Vorfahren mit den Rentieren durch das Land.

Sie trennen nicht zwischen Arbeit und Leben und die Herde kennt keinen Feierabend, sondern bestimmt den Lauf ihrer Zeit. So wie die Ankole-Watussi-Rinder das Leben der Mundari im Südsudan prägen oder der Wechsel von Trocken- und Regenzeiten den Siedlungsort der Baka in der Demokratischen Republik Kongo bestimmt.

Begegnen Sie Menschen in großformatigen Bildern und erfahren Sie auf den Rückseiten der Monatsblätter Hintergründe beispielsweise über den Fischfang der Ba-Tonga in Simbabwe oder die Beziehung der Karen zu ihren Elefanten. Auch die vietnamesischen Maishäuser der Hmong werden vorgestellt.

Unser Kalender 2027 „Wenn Arbeit Leben ist...“ misst 44 x 32 Zentimeter und kostet 21,00 Euro zzgl. 5,20 Euro Versand pro Bestellung.

## Sichern Sie sich Ihren neuen Kalender 2027!

Sie können ihn **direkt bei uns bestellen** unter Tel. 0551 499 06-26. Sie finden ihn auch in unserem **Online-Shop** auf [www.gfbv.de](http://www.gfbv.de) oder beziehen Sie ihn über den **Buchhandel**.



## Politische Gefangene in Aserbaidshan

Gemeinsam mit Partnerorganisationen machten wir bei einer Mahnwache in Berlin auf die verzweifelte Lage der armenischen politischen Gefangenen in Aserbaidshan aufmerksam. Wir übergaben einen Appell an die EU-Kommission, damit diese sich für die Freilassung der Armenier einsetzt.

Foto: Gerrit Hofert/GfbV



## Landrechte der Maasai unter Druck

Als Teil der Maasai International Solidarity Alliance veröffentlichten wir eine Studie, die die problematischen Auswirkungen von Kohlenstoffkompensationsprojekten zeigt. Auch VW ist an solchen Projekten beteiligt, die die Land- und Menschenrechte der Maasai bedrohen.



Zum vollständigen Bericht (englisch)



## „Café Kyiv“ in Berlin

Beim diesjährigen „Café Kyiv“ der Konrad-Adenauer-Stiftung stellten wir mit Gästen aus der Ukraine und einigen Mitautor\*innen unsere neue Publikation „Die Krimtataren, Geschichte, Kultur, Politik“ im Rahmen einer gut besuchten Veranstaltung vor.

Foto: Sarah Neumeyer/GfbV



## Zukunft von Bosnien und Herzegowina

Auf Einladung des Think Tanks KRUG 99 begleiteten wir einen Austausch mit Beteiligung der diplomatischen Vertretungen Bosnien und Herzegowinas, der Vertretung der Europäischen Union in Bosnien und Herzegowina, und europäischen Politiker\*innen.



Zum Artikel bei n1 Info



## Über die Geschichte Kurdistans

Im Podcast „Die Kurden – Das größte Volk ohne eigenen Staat“ informierten wir über die Herausforderungen, denen die Kurd\*innen in ihrem Siedlungsgebiet im Irak, Iran, der Türkei und Syrien historisch ausgesetzt waren und aktuell ausgesetzt sind.

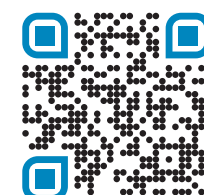


Zum DLF-Podcast



## Korruption in Serbien

Zusammen mit dem European Civic Forum Serbia wurde eine gemeinsame Erklärung verfasst, die von nahezu 140 zivilgesellschaftlichen Organisationen aus ganz Europa unterzeichnet wurde. Wir fordern: Die EU muss die verbreitete Korruption im Land ernst nehmen.



Zum Youtube-Kanal der AFP



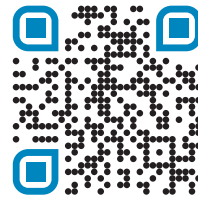
## Sudanesische Delegation zu Gast

Wir empfangen eine vierköpfige Delegation unserer sudanesischen Partnerorganisation „Bana Group for Peace and Development“ in Göttingen. Die Aktivistinnen informierten uns und andere Interessierte über ihre Arbeit, die Lage im Sudan und in den Nachbarländern. *Foto: Stefanie Grolig/GfbV*



## Podiumsdiskussion zu Syrien

In Köln diskutierten wir über die eskalierenden Menschenrechtsverletzungen unter dem islamistischen Regime in Syrien. Weitere Experten und Journalisten waren zu Gast, dazu gab es ein Kulturprogramm mit musikalischen Darbietungen.



Zur Einladung bei Instagram



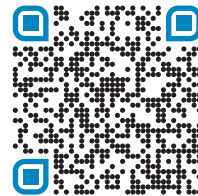
## Infostand beim Pluriversum

Beim Markt der Möglichkeiten der Veranstaltung „Pluriversum“, die inspirierende Impulse für lokale und globale Gerechtigkeit geben möchte, waren wir mit einem Infostand vertreten. Bei dem Multimedia-Event in Göttingen wurden zukunftsweisenden Ideen und Konzepte präsentiert. *Foto: GfbV*



## Kritik an Wasserstoffprojekt in Namibia

Mit Partner\*innen aus Deutschland und Namibia haben wir den Energiekonzern RWE aufgefordert, sich vom Memorandum of Understanding mit dem Hyphen-Wasserstoffprojekt zurückzuziehen. Die Rechte der Nama wurden nicht respektiert. Im Sommer zog sich RWE aus dem Projekt zurück.



Direkt zum offenen Brief



## Dossier zum Völkerstrafrecht

Unser Dossier „Beiträge zum Völkerstrafrecht von Claus Kreß“ thematisierte die Zukunft des Völkerrechts. Prof. Dr. Kreß zeichnet darin Entwicklungslinien und aktuelle Bedrohungen der internationalen Rechtsordnung nach.



Direkt zum Dossier



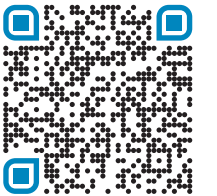
## Erinnerung an Srebrenica

Anlässlich des anstehenden 30. Jahrestages diskutierten Überlebende des Völkermords von Srebrenica über die angespannte politische Lage in Bosnien und die Erinnerung an den Genozid. Dazu lud die Regionalgruppe Karlsruhe ein. *Foto: Myriam Givens/GfbV*



## Genozid-Gedenken auf Shark Island

Im Rahmen einer längeren Namibia-Reise nahmen zwei unserer Referentinnen an der diesjährigen Gedenkveranstaltung der Nama auf Shark Island teil. Gedenkmarsch und -zeremonie galten den Opfern des Hornkranz-Massakers 1893, dem ersten genozidalen Akt durch die deutsche Kolonialmacht im damaligen Deutsch-Südwestafrika. Wir begleiten das Gedenken seit Jahren und kritisieren immer wieder koloniale Kontinuitäten in Namibia. Die Gedenkveranstaltungen wurde von der Hering-Stiftung Natur und Mensch gefördert. *Foto: Sarah Neumeyer/GfbV*



Zur Projektseite



## Drei Jahre Krieg im Sudan

Zum dritten Jahrestag des neuerlichen Kriegsbeginns im Sudan haben wir vor dem Brandenburger Tor gemeinsam mit Exilsudanese\*innen demonstriert. Besonders die Gewalt gegen Frauen in diesem ignorierten Krieg verdient mehr Aufmerksamkeit. *Foto: Daniel Matt/GfbV*



## Besuch im Swakopmund Genocide Museum

Wir besuchten Laidlaw Peringanda im Swakopmund Genocide Museum, das er selbst aufgebaut hat. Er will damit über die Gräueltaten der deutschen Kolonialmacht, auch an seiner eigenen Familie, aufklären. Er zeigte uns einen Herero-Friedhof und machte mit uns eine dekoloniale Stadttour. *Foto: Sarah Neumeyer/GfbV*





## Evangelischer Kirchentag Hannover

Unser Stand beim Evangelischen Kirchentag in Hannover thematisierte die Gewalt gegen Frauen im Sudan und ihre eigenen Initiativen, um sich gegenseitig zu helfen. Viele interessierte Besucher\*innen und eine Delegation sudanesischer Frauen besuchten unseren Stand.

Foto: Daniel Matt/GfbV



## Erfassung indigener Gebiete

Unser Projekt zur GPS-Kartierung von indigenen Gebieten in der peruanischen Region Ucayali haben wir ausgeweitet: Die Territorien der Amahuaca-Gemeinschaft Santa Rosa, der Yaminuahua-Gemeinschaft El Dorado und der Asháninka-Gemeinschaft Nueva Victoria wurden vermessen.



Zum aktuellen Fortschrittsbericht



## Filmscreening „Karuara“

Unter anderem in Berlin zeigten wir den Film „Karuara - Die Menschen des Flusses“. Zum Screening kam auch eine Delegation kolumbianischer Indigener, um Fragen aus dem Publikum zu beantworten. Wir konnten sie in diesem Rahmen ausführlich interviewen.



Zur Veranstaltungseinladung



## Repression in Russland

Die russische Generalstaatsanwaltschaft erklärte die indigene Menschenrechtsorganisation Batani, mit der die GfbV schon lange zusammenarbeitet, zur „unerwünschten Organisation“. Wir forderten Außenminister Johann Wadephul auf, öffentlich gegen diese Entscheidung zu protestieren.

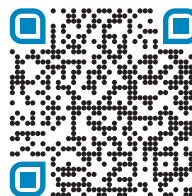


Zu unserer Pressemitteilung



## Reform des Dayton-Abkommens

Das Dayton-Abkommen zeigt 30 Jahren nach seiner Unterzeichnung starke Defizite. Darum appellierten wir an alle zuständigen Stellen, Reformen für langfristige politische Stabilität und demokratische Strukturen in Bosnien und Herzegowina zu implementieren und dem Zerfall des Staates Einhalt zu gebieten.



Direkt zum Appell



## Ausstellungseröffnung in Düsseldorf

Im Rahmen der Eröffnung der Ausstellung „Indigene Aktivist\*innen“ berichtete unser Referent Jan Königshausen in der Stadtbibliothek Wersten bei Düsseldorf von seiner Recherchereise nach Kolumbien, die er im Frühjahr unternommen hatte.



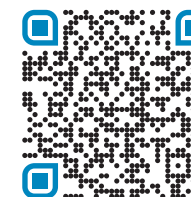
Zur Ankündigung der Stadt Düsseldorf



## Reise durch Syrien

Unser Nahostreferent wollte eigentlich unmittelbar nach dem Sturz des Assad-Regimes nach Syrien reisen. Tatsächlich gelang es ihm erst einige Monate später, ohne Kenntnis des islamistischen Regimes. Während seiner mehrwöchigen Reise nach Syrien, Jordanien und Israel traf er Führungspersonen verschiedener ethnischer und religiöser Minderheiten. Er kam mit vielen Leuten ins Gespräch und lernte viel über die aktuelle Lage in Syrien. Über seine Reise hat er einen eindrucksvollen Bericht geschrieben.

Foto: Kamal Sido/GfbV



Direkt zum Reisebericht



## Kurd\*innen in Syrien

Wir berichteten über die Bestrebungen der kurdischen Selbstverwaltung im Nordosten Syriens, eine politische Entspannung mit der angrenzenden Türkei zu erreichen. Die Lage in der Region ist allerdings weiterhin angespannt.



Zum Artikel in der Frankfurter Rundschau



## Massaker von Višegrad

Anlässlich des 33. Jahrestages erinnerten wir an die Massaker von Višegrad. Wir kritisierten die nach wie vor mangelhafte Aufarbeitung der Verbrechen sowie die anhaltende Straflosigkeit der Täter. Die Untätigkeit der internationalen Gemeinschaft belastet die Nachfahr\*innen der Opfer.



Zu unserer Pressemitteilung



## Webserie mit PowerShift

In einer Webserie unserer befreundeten NGO PowerShift über das EU-Mercosur-Abkommen informierten wir über die zu erwartenden Auswirkungen des geplanten Vertrags auf Indigene Völker, die Artenvielfalt und die Wälder Südamerikas.



Zur Ankündigung bei Powershift

# Mein Vermächtnis für Vielfalt und Menschenrechte

## Kennen Sie schon unseren Vorsorgeordner?

Gerade in unsicheren Zeiten denken vielleicht auch Sie häufig über die Zukunft nach – die der Welt und Ihre eigene. Solche Gedanken sind ein guter Anlass, um bewusst und aktiv zu entscheiden, wie Sie Ihre Zukunft gestalten und was Sie der Welt hinterlassen möchten.

Deshalb haben wir den Ordner „Mein Vermächtnis für Vielfalt und Menschenrechte“ entwickelt. Er soll Sie auf Ihrem persönlichen Weg begleiten: als ein Ort, an dem Sie wichtige Informationen für Ihre Liebsten sammeln, als ein Berater, der Ihnen praktische Hinweise für die Gestaltung Ihres Vermächtnisses bietet, und als eine Erinnerung an die wunderbare und fragile Vielfalt unserer Welt.

Gerne senden wir Ihnen regelmäßig Wissenswertes über ethnische und religiöse Minderheiten, Indigene Völker und auch Konfliktregionen zu, in denen schutzlose Menschen oft abseits der Medienöffentlichkeit bedroht sind. Sie können bis zu vier Interessensgebiete auswählen, zu denen Sie informiert werden möchten.

Den Ordner „Mein Vermächtnis für Vielfalt und Menschenrechte“ können Sie online, oder direkt bei mir, vollkommen kostenlos bestellen. Sprechen Sie mich auch gerne an, wenn Sie Fragen haben!



S. Baysal

Serdar Baysal

Ihr persönlicher Ansprechpartner  
Telefon: 0551 499 06 29  
E-Mail: s.baysal@gfbv.de

Zu folgenden Interessensgebiete können wir Sie informieren:  
+++ Indigene Völker weltweit +++ Europa und Russland +++  
+++ Naher Osten und Asien +++ Afrika und Amerika +++

### Ein Begleiter für Ihr Vermächtnis

Dieser Ordner ist Ihr persönlicher Begleiter rund um das Thema Vorsorge. Er hilft Ihnen dabei, wichtige Informationen zu strukturieren, Entscheidungen festzuhalten und alles Wichtige an einem Ort zu sammeln – für Sie selbst und für Ihre Angehörigen.

Die nächsten Seiten bieten Ihnen Platz, um Ihre wichtigsten persönlichen und juristischen Kontakte einzutragen – von nahestehenden Personen bis hin zu Ihrem Notar. Auch Zugangsdaten und Passwörter können Sie hier notieren und finden Raum, um Ihre Wünsche für Ihre Beisetzung festzuhalten.

Basierend auf Ihren Wünschen senden wir Ihnen regelmäßig Informationen, die zu Ihren Interessen passen. So erfahren Sie mehr über die Vielfalt unserer Welt, die wir gemeinsam für die Zukunft erhalten wollen. In diesem Ordner haben wir für Sie Informationen darüber zusammengestellt, wie Sie Ihr Vermächtnis in die Welt bringen können. Näheres zu unserer Menschenrechtsarbeit finden Sie hier ebenfalls.

Der Ordner wächst mit Ihren Bedürfnissen. Fügen Sie einfach weitere Dokumente oder Notizen hinzu. Er passt immer so für Sie ein, wie Sie ihn braucht. Wenn Sie Ihre Wünsche klar formulieren, schaffen Sie Klarheit für Ihre Angehörigen und für Ihre Liebsten.



### Tibet Nomaden in Not

Das Grasland auf der Hochebene Tibets ist eines der größten Weideland-Ökosysteme der Welt. Es erstreckt sich über mehr als 2.500 Kilometer von Westen nach Osten sowie über 1.200 Kilometer von Norden nach Süden. Hier leben auf durchschnittlich 4.000 Metern Höhe die zwei Millionen Drokpa, wie die Nomaden im Tibetischen genannt werden. Die Drokpa sind Wanderhüter. Im Mittelpunkt ihres Lebens stehen traditionell ihre Yaks, Schaf- und Ziegenherden sowie die Mandzschu. Seit fast 9.000 Jahren nutzen die Bewohner das Grasland als Nomaden. Bis vor Kurzem konnten sie sich ihre wirtschaftliche Eigenständigkeit und ein beschützes Auskommen sichern.

**China gefährdet Existenz der Drokpa**

Die Existenz der Drokpa ist heute auf vielfache Weise gefährdet. Der Klimawandel beeinträchtigt massiv das ökologische Gleichgewicht im Grasland. Noch größere Gefahren gehen für die Nomaden jedoch von Menschen aus: Chinas Behörden betreiben eine Politik der Zwangsansiedlung der Drokpa. Sie zerstören das traditionelle Grasland durch verfehltes Management der Weiden und immer neue Großprojekte wie Bergbauvorhaben zur Ausbeutung der Bodenschätze Tibets. Dazu kommen Militärposten, militärische Projekte und die staatlich geförderte Ansiedlung von Han-Chinesen. Proteste der Nomaden ahnden die Sicherheitskräfte mit Razzien und Verhaftungen.

### Rom\*nja-Sommerschule

Wir veranstalteten eine Sommerschule mit Rom\*nja aus der Ukraine in Berlin, gemeinsam mit unserer Partnerorganisation ARCA aus der Ukraine. Unter dem Titel „Remembering Together“ arbeitete eine Gruppe von 20 jungen Roma und Nicht-Roma aus der Ukraine und Teilen Deutschlands an Themen, für die es sonst wenig akademische Räume gibt. Unter anderem ging es um die Verfolgung und Ermordung der Roma durch die Nationalsozialisten sowie die Lage der Roma heute in der Ukraine.

Foto: ARCA



### Event beim UN-Menschenrechtsrat

Mit fünf Frauen aus dem Sudan nahmen wir an der Sitzung des UN-Menschenrechtsrates teil. Wir trafen Mitglieder der UN-Fact-Finding-Mission, Sonderberichterstatter\*innen und andere. Unser „Side Event“ war sehr gut besucht, ein Mitglied der Delegation hielt ein mündliches Statement.

### Pre-COP in Bonn

Wir nahmen an der 62. Tagung der United Nations Climate Conference (Pre-COP) im World Conference Center in Bonn teil. Dort wurden die Verhandlungen zu zentralen Themen wie Anpassung, Klimafinanzierung und Transparenz vorangetrieben.

Foto: Jan Königshausen/GfbV



Zum Programm der Sommerschule



Zu den Aufzeichnungen der UN



### Ringvorlesung in Mainz

Zur Ringvorlesung „Von Nationen und Narrativen“ der Fachschaft Politikwissenschaften an der JGU Mainz steuerten wir den Vortrag „Vivir Bien und die politische Umsetzung: Konflikte bei der Integration indigener Weltanschauungen in Bolivien“ bei.



Zum Instagram-Post der Fachschaft



### Chinesischer Außenminister in Berlin

Den Besuch des chinesischen Außenministers Wang Yi begleiteten wir mit einem spontanen Protest in Berlin. Besuche hochrangiger Politiker\*innen aus befreundeten Unrechtsregimen werden zumeist erst knapp vorher bekanntgegeben, um genau das zu verhindern.

Foto: GfbV



### Volkswagen in Tansania

Als Teil des MISA-Netzwerkes forderten wir die Volkswagen AG dazu auf, sich von Kohlenstoffprojekten im Norden Tansanias zu distanzieren. Die Projekte führen zu Vertreibungen indigener Maasai-Gemeinschaften und bedrohen ihre Rechte.



Direkt zum Statement



### Screening-Serie Utama

Der preisgekrönte Spielfilm „Utama – Ein Leben in Würde“ erzählt von den indigenen Quecha, die unter Dürre und Not durch die Klimakrise leiden. Wir haben in Karlsruhe, Köln und Düsseldorf Screenings mit anschließenden Filmgesprächen organisiert.

Foto: Natalia Otdlora



### Freiwilligenarbeit in Bolivien

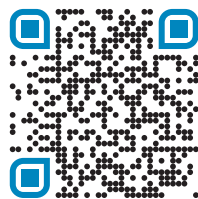
Beim Vorbereitungsseminar für Nord-Süd-Freiwillige des Bolivianischen Kinderhilfswerks führten wir die jungen Freiwilligen in Land, Kontext und Politik ein und vermittelten indigene Themen, Narrative und Perspektiven.

Foto: Jan Königshausen/GfbV



### Minderheiten in Syrien

Nach der eskalierenden islamistischen Gewalt in Syriens Drusengebieten diskutierten wir bei einer Pressekonferenz der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte über die Frage, ob Minderheiten wie Drus\*innen und Christ\*innen in Syrien langfristig eine Zukunft haben.



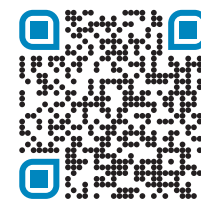
Zur Aufzeichnung auf Youtube



### 30. Jahrestag von Srebrenica

Zum 30. Jahrestag des Völkermords von Srebrenica haben wir mehrere Veranstaltungen organisiert und unterstützt, darunter die offizielle Gedenkveranstaltung im Deutschen Bundestag. Zu unserer Mahnwache am Brandenburger Tor kamen mehrere Hundert Teilnehmende. Dort haben wir ein 100 Meter langes Banner ausgerollt, das die Namen sämtlicher 8.372 bisher bekannter Opfer zeigt. Jedes Jahr werden anlässlich des Jahrestages bei der Gedenkveranstaltung in Sarajevo weitere, neu identifizierte Opfer beerdigt.

Foto: Stefanie Grolig/GfbV



Zu unserer Pressemitteilung



### Abschiebestopp für Yezid\*innen

Wir forderten einen Abschiebestopp für Yezid\*innen, denn die Lage im Irak ist für sie weiter nicht sicher. Der Wiederaufbau von Sinjar ist kaum vorangekommen, verschiedene Regierungsebenen streiten über Zuständigkeiten und Islamisten bleiben eine permanente Bedrohung.



Zum Artikel beim NDR



### Vertreibung von Ayoreo in Bolivien

Vor dem UN-Menschenrechtsrat forderten wir Gerechtigkeit für 40 Ayoreo-Familien, die gewaltsam aus Yoquiday 27 de Mayo in Santa Cruz, Bolivien, vertrieben worden waren. Berichten zufolge wurden ihre Häuser niedergebrannt – und die Polizei weigert sich, Strafanzeigen aufzunehmen.



Zu unserem Instagram-Post



### Präsidentswahlen in Bolivien

Die Präsidentswahl in Bolivien begleiteten wir mit intensiver Öffentlichkeitsarbeit, um in den Medien ein Bewusstsein für die tiefe politische Spaltung des Landes und die Auswirkungen der Wahl auf die indigenen Gemeinschaften zu schaffen.



Zu unserem Instagram-Post



## Trump-Putin-Gipfel in Alaska

Als US-Präsident Trump den russischen Präsidenten Putin in Alaska traf, protestierten wir auf dem Pariser Platz – denn niemand darf ohne die Ukraine über die Ukraine bestimmen. Besonders die Krimtatar\*innen befürchteten, dass ihre Heimat nach einem „Deal“ Russland zugeschlagen würde.

Foto: Daniel Matt/GfbV

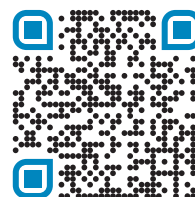


Zu unserer Pressemitteilung



## Jugendkonferenz der Nama

Die zweite Jugendkonferenz der Nama in diesem Jahr fand in Mariental, Namibia, statt. Unter dem Titel „Green Deals, Old Chains: Shark Island to Tsau/Khaeb“ knüpfte die Konferenz an den ersten Youth Summit im April an, gefördert von der Hering-Stiftung Natur und Mensch.



Zu unserem Instagram-Post



## Tag der indigenen Frauen

Zum Tag der indigenen Frauen erinnerten wir an Bartolina Sisa, die bis heute als die wichtigste indigene Widerstandskämpferin gegen die spanische Krone in Bolivien gilt. Die Aymara-Führerin steht stellvertretend für den Widerstand indigener Frauen gegen Unterdrückung.



Zum Artikel bei der Deutschen Welle



## Tag des Regenwaldes

Die EU-Entwaldungsverordnung und das geplante Mercosur-Freihandelsabkommen standen im Zentrum unserer Arbeit zum internationalen Tag des Regenwaldes. Beide Verträge können zu irreparablen Schäden an den Regenwäldern nicht nur in Südamerika führen.



## Internationale Sudan-Konferenz

Gemeinsam mit unseren sudanesischen Partnerinnen und dem deutschen Sudan-Netzwerk organisierten wir eine große internationale Sudan-Konferenz in Berlin. Es ging besonders um die Information neuer Bundestagsabgeordneter und darum, die Sichtbarkeit des Themas zu erhöhen.

Foto: Sarah Reinke/GfbV



Zum Artikel in der taz



## Bundesverdienstkreuz für Tessa Hofmann

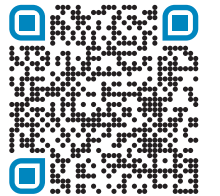
Es sind besondere Tage, wenn langjährige Weggefährten gewürdigt werden. Über das Bundesverdienstkreuz an unsere Freundin Dr. Tessa Hofmann, die deutschlandweit wichtigste Armenien-Expertin, haben wir uns darum sehr gefreut.



## Internationale Automobil-Ausstellung

Anlässlich der Eröffnung der Internationalen Automobil-Ausstellung in München demonstrierten wir gegen Kohlenstoffprojekte von Volkswagen in Tansania, die die Lebensgrundlage und die Rechte der Maasai gefährden. Kurz darauf führten wir mit drei Maasai-Vertreter\*innen Gespräche mit Parteien und Ministerien in Berlin. Wir forderten ein Ende der Vertreibungen, unabhängige Untersuchungen zu Klimaschutzprojekten sowie Unterstützung der „Maasai Conservation Vision“ für gerechten, indigen geführten Naturschutz.

Foto: FIAN/GfbV



Zum Artikel in der Frankfurter Rundschau



## Yezid\*innen-Kongress in Hannover

Wir unterstützten den Yezid\*innen-Kongress „Durch Dialog – hin zur Neuordnung und Institutionalisierung“ in Hannover. Dort bekam die yezidische Diaspora ein Plattform, um über geographische und politische Grenzen hinweg gemeinsame Strukturen zu stärken.

Foto: Kamal Sido/GfbV



# FÜR VIELFALT

## Zeitschrift für Menschen- und Minderheitenrechte

Unsere hauseigene „Für Vielfalt – Zeitschrift für Menschen- und Minderheitenrechte“ bietet viermal im Jahr spannende Informationen und Hintergrundartikel zur Menschenrechtssituation weltweit. Sie gibt Verfolgten eine Stimme, nennt Täter beim Namen und zeigt Lösungswege auf – fundiert, verständlich, nah an den Betroffenen. Seit ihrer ersten Ausgabe 1970 (damals unter dem Titel „pogrom“) ist sie einzigartig im deutschsprachigen Raum: ein Magazin, das kontinuierlich über ethnische und religiöse Minderheiten, Nationalitäten sowie Indigene Völker berichtet.



„Für Vielfalt“ richtet sich an politisch wache Menschen, denen kulturelle Vielfalt und globale Gerechtigkeit wichtig sind. Expert\*innen kommen ebenso zu Wort wie direkt Betroffene. Jede Ausgabe widmet sich einem Schwerpunktthema, ergänzt durch Analysen, Interviews und Reportagen.

**X** Testen Sie uns mit einem **Gratisexemplar** oder abonnieren Sie unsere Zeitschrift unter [www.gfbv.de](http://www.gfbv.de).



### Völkermord an Ovaherero und Nama

Zum Jahrestag des Vernichtungsbefehls gegen die Ovaherero machten Aktionen in Göttingen, Witzenhausen und Kassel darauf aufmerksam, dass der deutsche Kolonialismus kein abgeschlossenes Kapitel der Geschichte ist. Er lebt bis heute in globalen Wirtschaftsstrukturen fort.

Foto: Daniel Matt/GfbV



### Belagerung von El Fasher

Monatelang wurde die Stadt El Fasher im Sudan belagert. Mehrmals veröffentlichten wir dringende Hilferufe. In einem Appell gemeinsam mit mehr als 50 zivilgesellschaftlichen Organisationen an den UN-Generalsekretär forderten wir einen größeren Einsatz für die Rettung von geschätzt 260.000 Zivilisten.

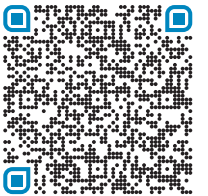


Direkt zum Appell



### Deutsche Kolonialgeschichte in Namibia

Zwei Diskussionsabende in Berlin beleuchteten den langen Schatten der deutschen Kolonialgeschichte in Namibia und den aktuellen Kampf um Gerechtigkeit. Bei beiden Veranstaltungen war Paul Thomas, Vertreter der Nama Traditional Leaders Association, als Redner zu Gast.

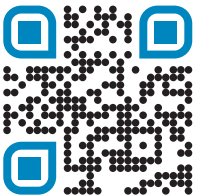


Zum Artikel bei Werkstatt Ökonomie



### Besatzung der Westsahara

Das ZINE „Widerworte“ über den sahrauischen Widerstand gegen die koloniale Besatzung haben wir mit einem Beitrag über das Western Sahara War Archive unterstützt. Diese digitale Plattform archiviert den seit 2020 erneut ausgebrochenen Krieg in der Westsahara systematisch.

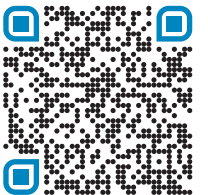


Zum Zine Widerworte



### Tausende Kurd\*innen weiter auf der Flucht

Die anhaltende Gewalt im Nahen Osten betrifft weiterhin vor allem Minderheiten. Auch nach dem Ende des Assad-Regimes sind etwa 70.000 Kurd\*innen noch immer auf der Flucht. Derzeit ist nicht absehbar, wann sie in ihre Heimat zurückkehren können.



Zum Artikel bei Entwicklungspolitik Online



### Indigene Selbstbestimmung

Die unter anderem von Misereor organisierte Veranstaltung „Indigene Selbstbestimmung, Lebensgrundlagen und die Zukunft der Tropenwälder: Ein Dialog zwischen den Kontinenten“ und das daraus entstandene Positionspapier haben wir mit unseren Inhalten unterstützt.



Zum Positionspapier zur Konferenz



## Plünderung der Westsahara

Gemeinsam mit dem Westsahara-Netzwerk Deutschland verabschiedeten wir einen Appell an die deutsche Bundesregierung: Sie muss sich in diesem langjährigen Konflikt eindeutig auf die Seite des Völkerrechts und der Rechtsprechung des EUGH zu den Handelsabkommen mit Marokko stellen.



Direkt zur Petition



## Proteste in Ecuador

Zum Tag des indigenen Widerstands machten wir auf die zunehmende Kriminalisierung indigener Aktivist\*innen in Ecuador aufmerksam. Indigene Gemeinschaften protestierten dort gegen neue Bergbau- und Infrastrukturprojekte. Dabei kam es zu Gewalt durch Sicherheitskräfte.



Zum Artikel bei der Deutschen Welle



## Protest gegen das EU-Mercosur-Abkommen

Vor dem Bundeskanzleramt protestierten wir wiederholt und gemeinsam mit anderen NGOs gegen das geplante Freihandelsabkommen der EU mit dem Mercosur-Block. Wir fordern immer wieder eine angemessene Berücksichtigung indigener Interessen und Rechte.

Foto: Jan Königshausen/GfbV



## Massaker in El Fasher

Die Gräueltaten in El Fasher haben uns sehr bewegt und beschäftigt. Gemeinsam mit der Salam Sudan Campaign riefen wir zu einer Mahnwache vor dem Auswärtigen Amt in Berlin auf. Unter dem Motto „Stand with Sudan – Stoppt die Massaker in El Fasher!“ protestierten wir gegen die anhaltende Gewalt im Sudan. Der Fall von El Fasher hatte sich über Wochen angekündigt. Die internationale Gemeinschaft hat die Massaker sehenden Auges geschehen lassen.

Foto: Elena Delmuth/GfbV



Zur Presseeinladung



## In freiwilliger Isolation

Etwa 200 Indigene Völker weltweit wollen keinen Kontakt zur Außenwelt. Wir erinnern regelmäßig daran, dass das ihr gutes Recht ist. Denn es gibt immer wieder Versuche, in die Territorien dieser Völker einzudringen, sie zu vereinnahmen oder einen Kontakt zu erzwingen.



Zum Artikel in der NZZ



## Buch-Tournée über die Krimtatar\*innen

Unsere cross-mediale Veranstaltungsreihe „Wer sind die Krimtataren?“ brachte die Geschichte, Kultur und aktuelle Lage dieses Indigenen Volkes in zehn Städte. Auf dem Programm standen unsere Buchvorstellung, Kunst, Musik und Diskussionen.



Zu unserer Pressemitteilung



## Widerstand in der Westsahara

Im Rahmen der Aktionswochen Westsahara organisierten wir die Veranstaltung „Wüstenwind der Freiheit: Stimmen und Symbole des sahraischen Widerstands“. Zu den Referentinnen gehörten Nadjat Hamdi von der Frente Polisario, sowie Janina Bartsch vom Kinder- und Jugendprojekt Desert Voicebox.

Foto: Laura Mahler/GfbV



## Unsensible Kostümierung

Manche in der Bundespolitik halten rassistische Kostümierungen zu Karneval nach wie vor für witzig. Wir werden nicht müde, das zu kritisieren – auch wenn der Lernerfolg bei diesen Menschen meistens ausbleibt und die konservative Presse äußerst gereizt reagiert.



Zum Artikel in der Welt



## Diskussionen über UN-Reform

Die Vereinten Nationen sind unersetzlich und doch stark reformbedürftig. Darum beteiligten wir uns am Round Table „The UN: problem or pathway for freedom and democracy?“, den unser langjähriges Mitglied Andreas Bummel organisiert hatte.



Direkt zum Abschlussbericht



## Austausch mit UN-Sonderberichterstatter

Beim Deutschen Institut für Menschenrechte nahmen wir am zivilexperimentellen Austausch mit dem UN-Sonderberichterstatter zum Recht auf Entwicklung, Prof. Surya Deva, teil. Sein Lagebericht wird in den kommenden Monaten erwartet.



Zum Bericht beim DIMR

# NEWS

aktuell & direkt  
ins Postfach!

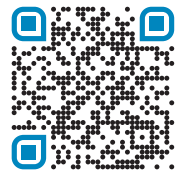


## Jetzt für den GfbV-Newsletter anmelden!

Mit unserem kostenlosen Newsletter sind Sie immer ganz nah dran an der Arbeit der Gesellschaft für bedrohte Völker. Regelmäßig berichten wir aktuell und unmittelbar über die Situation von Minderheiten, indigenen Gemeinschaften und verfolgten Gruppen weltweit. Sie erfahren von Menschenrechtsverletzungen, Ereignissen und Hintergründen, die in den Nachrichten oft fehlen. Sie lesen persönliche Geschichten, die berühren und zum Handeln motivieren.

Wir informieren über unsere laufenden Kampagnen, veröffentlichen Aufrufe zu Eil-Aktionen und Petitionen. Sie erhalten Einblicke hinter die Kulissen unserer Menschenrechtsarbeit und können direkt aktiv werden. Wir erklären politische Entwicklungen, weisen auf Veranstaltungen und Vorträge hin und berichten von Erfolgen, die wir gemeinsam erreichen konnten.

Hier können Sie den Newsletter direkt abonnieren:



So bleiben Sie jederzeit informiert und können gezielt dort aktiv werden, wo Ihre Stimme und Unterstützung dringend gebraucht werden.

Gesellschaft für bedrohte Völker

SPENDEN



Die Bana Group muss zu ihren Workshops Essen mitbringen, sonst können sich die Teilnehmerinnen vor Hunger nicht auf den Beinen halten. Ihre Gedanken kreisen nur darum, wo sie etwas zum Essen finden können. Foto: Bana Group for Peace and Development

Liebe Frau Mustermann,

heute, am Tag der humanitären Hilfe denke ich an die Menschen im Sudan, auch an die Kolleginnen unserer Partnerorganisation, der „Bana Group for Peace and Development“. In ihren Ohren mag so ein Tag fast zynisch klingen. Millionen Sudanese\*innen sind auf Hilfe angewiesen, aber es kommt viel zu wenig oder gar keine Hilfe an. Woran liegt das? Beide Kriegsparteien, die Rapid Support Forces und die sudanesishe Armee setzen Hunger als Waffe gegen die Menschen ein: Felder, Getreidesilos und ganze Dörfer werden niedergebrannt, Brunnen und Wasserleitungen zerstört. Die Armee blockiert die Hilfe, indem sie bürokratische Hürden aufbaut und Güter nicht passieren lässt.

Die internationale Gemeinschaft versagt hier auf ganzer Linie. Auch die Bundesregierung steht in der Pflicht: Sie hat Einfluss auf die Kriegsparteien und die Staaten, die den Krieg im Sudan anheizen, wie die Vereinigten Arabischen Emirate. Deshalb hat die GfbV Außenminister Waidephul nochmals aufgefordert, diesen Einfluss endlich zu nutzen, damit Hilfe ankommt und die schweren Angriffe aufhören. Gleichzeitig kritisieren wir, dass Deutschland dieses Jahr

Gesellschaft für bedrohte Völker

SPENDEN



Daria Egereva. Foto: Denis Kostrow

Liebe Frau Mustermann,

Ihre Solidarität mit Daria Egereva bewegt mich sehr: In kurzer Zeit haben fast 700 Menschen unsere Petition für ihre Freilassung unterschrieben. Das ist ein starkes Zeichen – und dafür möchten wir Ihnen von Herzen danken!

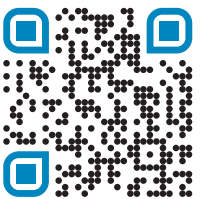
Daria Egereva ist eine indigene Klimaaktivistin aus Russland. Seit dem 17. Dezember 2025 sitzt sie unschuldig in Untersuchungshaft. Am 5. August wurde ihre Haft erneut verlängert – vorerst bis zum 15. September.



### Jahreshauptversammlung mit Joseph Oleshangay

Zu unserer Jahreshauptversammlung begrüßten wir den Maasai-Anwalt Joseph Oleshangay. Er berichtete eindrucksvoll über die aktuell schwierige Lage in Tansania und die anhaltenden Menschenrechtsverletzungen an den Maasai. Er thematisierte die Ausschreitungen nach den Wahlen wenige Wochen zuvor und die Vertreibung der Maasai im Namen des Natur- und Klimaschutzes. Das Publikum solle über die Situation der Maasai sprechen, um öffentliche Aufmerksamkeit und internationalen Druck zu erzeugen.

Foto: Sarah Neumeyer/GfbV

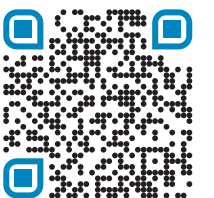


Zum Interview bei Instagram



### Indigene Lehren für eine nachhaltige Zukunft

Im Rahmen einer Online-Veranstaltung unserer Regionalgruppe Münster berichteten wir unter anderem über „Indigene Lehren aus dem Globalen Süden für eine nachhaltige Zukunft“, indigene Selbstorganisation und Widerstand gegen Menschenrechtsverletzungen.



Zu unserem Instagram-Post



### Menschenrechtsberichte an die Bundesregierung

In diesem Jahr waren wir federführend für die Aide Mémoires des Forum Menschenrechte verantwortlich. Die 53 Mitgliedsorganisationen des Forums verfassen diese menschenrechtlichen Berichte direkt für die zuständigen Bundesministerien, vor allem das Auswärtige Amt.

Foto: Amrei Schulz/AA/photothek.de

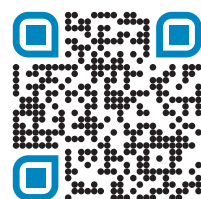




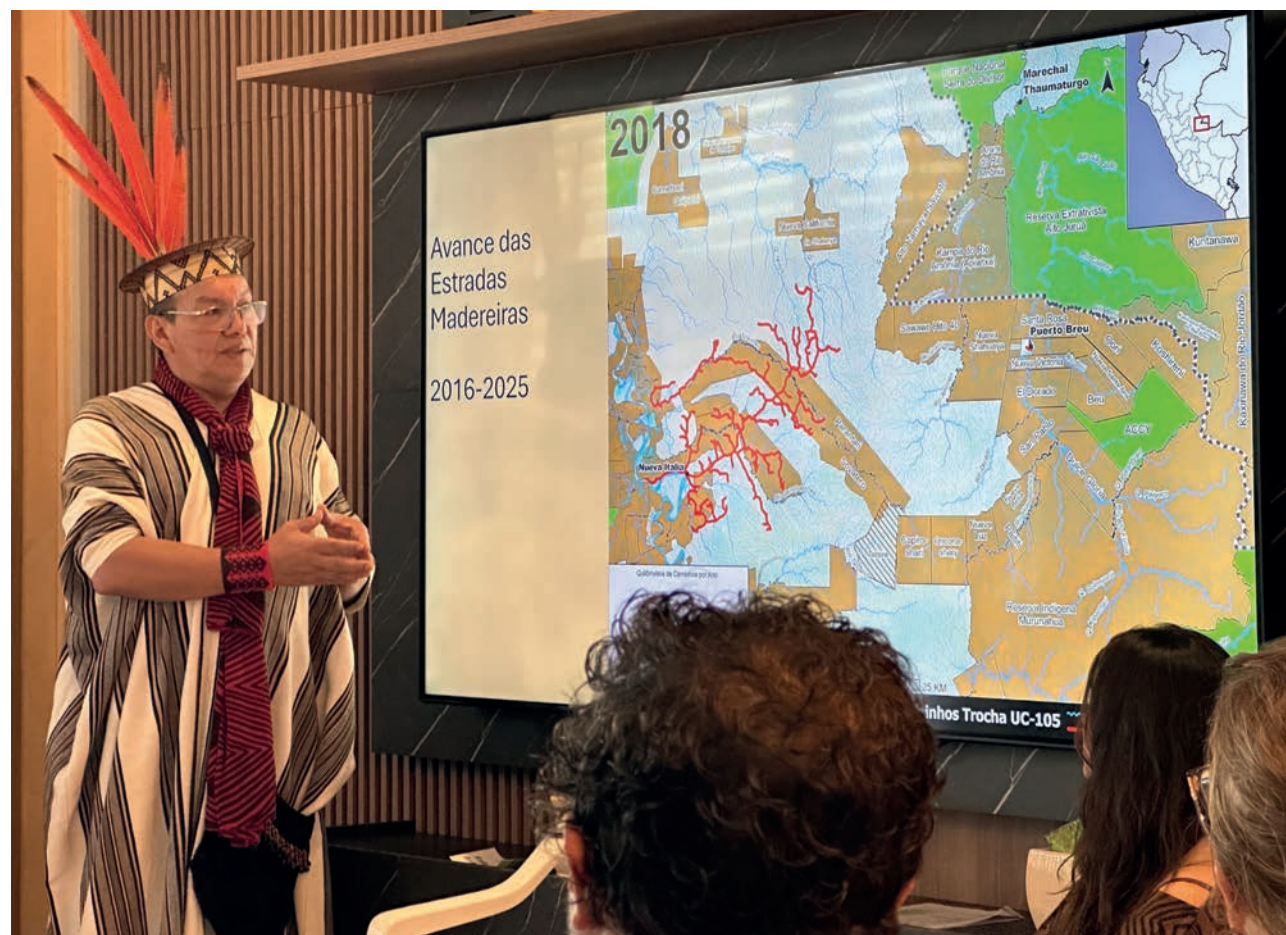
## Weltklimakonferenz in Brasilien

Auch zur diesjährigen Weltklimakonferenz, der COP30 im brasilianischen Belém, konnten wir über unseren UN-Status indigene Vertreter\*innen akkreditieren. Wir begleiteten Beto Marubo und Bushe Matis von UNIVAJA aus dem Javari-Tal und Vertreterinnen der Ashaninka-Gemeinschaft Apiwtxa bei politischen Treffen und Presseterminen auf und abseits der COP und konnten uns mit weiteren indigenen und nicht-indigenen Organisationen vernetzen.

Foto: Eliane Fernandes/GfbV



Zu unserem Instagram-Beitrag



## Forderungen zum EU-Afrika-Gipfel

Vor dem EU-Afrika-Gipfel verlangten wir von der EU Sanktionen im Sudan-Konflikt. Wir kritisierten die Rolle des Staatenblocks bei Maasai-Vertreibungen in Tansania, dem neokolonialen Hyphen-Wasserstoffprojekt in Namibia und der fortgesetzten, illegalen Besatzung der Westsahara.



Direkt zum Appell



## Forderungen an den Papst

Zum Auftakt des Türkei-Reise von Papst Leo XIV. riefen wir den Pontifex dazu auf, neben Istanbul auch Tur Abdin, die Heimat der syrisch-orthodoxen Christ\*innen, zu besuchen. Er solle sich für die christlichen Minderheiten im Nahen Osten und auch für andere religiöse Gruppen engagieren.



Zum Artikel auf Jesus.de



## Irreführende Behauptungen über Maasai

Die Frankfurter Zoologische Gesellschaft haben wir für ihre Mitverantwortung für die gewaltsame Vertreibung von Maasai-Gemeinschaften kritisiert. Die von ihr behauptete Partizipation hat es nicht gegeben, die Maasai Conservation Vision wurde ignoriert.



Direkt zum Statement



## Christ\*innen in Syrien

Unter der islamistischen Herrschaft sehen zahlreiche Christ\*innen in Syrien keine Perspektive. Nachdem die allermeisten das Land bereits verlassen haben, denken auch die verbleibenden immer häufiger darüber nach, Syrien den Rücken zu kehren.



Zum Artikel beim Pro Medienmagazin



## Besuch des armenischen Premierministers

Anlässlich des Besuchs des armenischen Premierministers Nikol Paschinjan am 9. Dezember forderten wir gemeinsam mit anderen Bundeskanzler Friedrich Merz auf, die drängenden menschenrechtlichen und humanitären Fragen in der Region nicht als Randthema zu behandeln.



Direkt zum Appell



## Kein Konzept für Anthropologische Sammlung

Im Dezember unterstützten wir die Kritik von Göttingen Postkolonial und der Ovaherero Genocide Foundation an der Schließung der Anthropologischen Sammlung der Universität Göttingen. Bislang gibt es kein adäquates Konzept für den Umgang mit den menschlichen Gebeinen dort.



Direkt zum Statement



## Lieferkettengesetz retten

Als Mitglied der Initiative Lieferkettengesetz haben wir uns an der Kampagne „Menschenrechte schützen – Lieferkettengesetz retten“ teilgenommen – mit Aktionen, Petitionen und Medienarbeit.

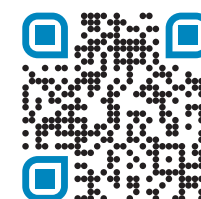


Zu unserem Instagram-Post



## Allgegenwärtige Konflikte

Ist die Würde des Menschen tatsächlich unantastbar? Dieser Frage stellt sich vor dem Hintergrund von Kriegen, Verfolgung und Genoziden immer wieder. Wir sind ihr im Rahmen des 35. Jubiläums des Alevitischen Kulturzentrums Wiesloch nachgegangen.



Zur Einladung bei Instagram



### Mangelhafte Kolonialismus-Aufarbeitung

In der novellierten Gedenkstättenkonzeption des Bundes fehlen Erinnerung und Aufarbeitung der deutschen Kolonialgeschichte. Diese Leerstelle haben wir als Mitunterzeichnerin eines offenen Briefs an den Bund kritisiert und eine Auseinandersetzung mit der Vergangenheit gefordert.



[Direkt zum Statement](#)



### Internationale Konferenz: Ukrainische Rom\*nja

Mit unserer Partnerorganisation ARCA organisierten wir eine internationale Konferenz zur Situation der Rom\*nja in der Ukraine und von Rom\*nja-Geflüchteten aus der Ukraine in Deutschland. Teilnehmende diskutierten, was die Lage verbessern und wie Deutschland Antiziganismus bekämpfen könnte.



[Zum Bericht bei ARCA](#)



### Kritik am EU-Mercosur Abkommen

Wir warnten wiederholt und eindringlich vor der Zerstörung, die eine Umsetzung des EU-Mercosur-Abkommens in indigenen Gebieten verursachen würde: Wenn mehr Soja nach Europa kommen soll, werden dafür mehr Flächen benötigt, mehr Wälder abgebrannt und mehr Menschen entrechtet.



[Zum Artikel bei nd](#)

# Die Gesellschaft für bedrohte Völker



Auf den folgenden Seiten finden Sie aktuelle Informationen aus unserem Verein, von seinen Gliederungen und den engagierten Menschen, die sich freiwillig und ehrenamtlich bei der Gesellschaft für bedrohte Völker einbringen.

Foto: Johanna Fischotter/GfbV

# Die Gesellschaft für bedrohte Völker

Die Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) ist eine internationale Menschenrechtsorganisation mit einem ganz besonderen Auftrag: 1968 gegründet, setzen wir uns seit fast 60 Jahren weltweit für verfolgte und unterdrückte ethnische und religiöse Minderheiten, Nationalitäten und Indigene Völker ein. Wir kämpfen gegen Völkermord, Vertreibung und Verbrechen gegen die Menschlichkeit, für den Schutz der Zivilbevölkerung im Krieg und gegen Vergewaltigung als Kriegswaffe. Wir streiten für die Landrechte indigener Gemeinschaften und gegen den Raubbau in ihrer Heimat.

Permanent recherchieren wir die Lage bedrohter Minderheiten, halten Kontakt zu den Betroffenen, knüpfen Netzwerke, wenden uns an Politikerinnen und Politiker und erinnern sie im persönlichen Gespräch, in Briefen, Appellen und E-Mails immer wieder daran, dass die deutsche Außen- und Wirtschaftspolitik weltweit große Verantwortung trägt. Wir publizieren Menschenrechtsberichte, Dokumentationen und Memoranden, erstellen Gutachten, erbitten Hilfe für Notleidende, organisieren Mahnwachen und informieren ständig die Presse über Menschenrechtsverletzungen. Deren Berichterstattung übt Druck auf politisch Verant-

wortliche aus und ist hilfreich bei unserem zähen Ringen mit Parteien, Regierungen oder Wirtschaftskonzernen für die Einhaltung der Menschenrechte.

Über soziale Medien und auf unserer Homepage, mit Ausstellungen, Vorträgen und in unserer Zeitschrift „Für Vielfalt“ informieren wir die Öffentlichkeit über die Verfolgung und Unterdrückung von Minderheiten. Ihren Repräsentantinnen und Repräsentanten verschaffen wir Gehör vor nationalen, europäischen und internationalen Gremien. Kronzeug\*innen von Völkermord und schwersten Menschenrechtsverletzungen ermöglichen wir es, vor den Vereinten Nationen zu sprechen. So gelingt es uns immer wieder zu verhindern, dass Kriegsverbrechen verschwiegen und Menschenrechtsverletzungen verharmlost werden.

Unsere Mitglieder, Spenderinnen und Spender garantieren unsere Unabhängigkeit: Sie finanzieren mit ihren Beiträgen unsere wichtige Menschenrechtsarbeit und tragen so dazu bei, Leben zu retten, Leid zu lindern, Gerechtigkeit durchzusetzen und die Vielfalt unserer Welt zu bewahren. Dafür danken wir herzlich!

*Für Menschenrechte. Weltweit.*



Gesellschaft für  
bedrohte Völker

# Freiwilliges Engagement: Fundament unserer Arbeit

Das freiwillige Engagement bildet einen unverzichtbaren Pfeiler unserer Organisation und unserer Menschenrechtsarbeit. Unsere Freiwilligen und Regionalgruppen unterstützen bestehende Aktivitäten und bereichern sie durch eigene Initiativen.

## ***Voices of Change – Frauen stärken den Sudan***

Mit der Feministischen Woche startete im April 2025 die Kampagne „Voices of Change – Frauen stärken den Sudan“ auf Social-Media. Ziel der Kampagne war es, neue Handlungsmöglichkeiten für eine feministischere Praxis herauszuarbeiten und über die besonderen Herausforderungen von Aktivistinnen aus den Gemeinschaften aufzuklären. Zum Jahrestag des Kriegsbeginns im Sudan erstellten wir Aktionsmaterial für Informations- und Solidaritätsformate. Freiwillige organisierten Mahnwachen und unterstützten Lobby- und Öffentlichkeitsarbeit, um die Perspektiven sudanesischer Frauen in die Öffentlichkeit zu tragen und politische Entscheidungsträger\*innen zum Handeln zu bewegen. Die Kampagne wurde Anfang Mai mit unserem Infostand beim Kirchentag in Hannover fortgeführt.

## **Kampagne „Tsonkiri erzählt“**

Ab dem Internationalen Tag der Indigenen Völker am 9. August 2025 nahm Tsonkiri, ein kleiner Kolibri und unsere literarische Stimme, Interessierte mit auf ihre Reise. Als Begleiterin brachte sie das Leben der Asháninka im Regenwald Brasiliens und Perus auf neue Weise näher. Bis zur Weltklimakonferenz im November veröffentlichten wir regelmäßig neue Einblicke, Geschichten und Stimmen in Tsonkiris persönlichem digitalen Journal. So erhielten die Leser\*innen Einblicke in

das Leben, die Herausforderungen und Träume der Asháninka.

## **Regionale Arbeit und Zusammenarbeit mit dem Bundesbüro**

Die Regionalgruppen prägten die Präsenzarbeit vor Ort durch Infostände, Film- und Vortragsabende, Ausstellungen, Gedenkveranstaltungen und weitere Aktionen. Regelmäßige digitale Treffen erleichtern Planung und Erfahrungsaustausch und senken die Einstiegshürden.

Das Bundesbüro stellte Aktions- und Infomaterialien, digitale Aktionspakete und mobile Ausstellungen bereit. Diese Materialien stärken die inhaltliche Qualität und die Außenwirkung.

## **Wirkung des Engagements**

Bundesweite Kampagnen und lokale Veranstaltungen von und mit Freiwilligen und Regionalgruppen trug 2025 maßgeblich dazu bei, die Sichtbarkeit betroffener Gruppen zu erhöhen, neue Engagierte zu mobilisieren und politische Aufmerksamkeit zu schaffen. Wir freuen uns über jede Person, die sich uns anschließen möchte. Schreiben Sie uns gerne an: [machmit@gfbv.de](mailto:machmit@gfbv.de).



*Mit sudanesischen Aktivistinnen beim Kirchentag in Hannover, Foto: Daniel Matt/GfbV*

# Die Sektion Bosnien und Herzegowina

Die Sektion Bosnien und Herzegowina hat im Jahr 2025 ihre Arbeit an den Schwerpunkten Menschenrechte, Minderheitenschutz, Unterstützung überlebender Kriegsoffer, Vergangenheitsaufarbeitung und Stärkung rechtsstaatlicher Strukturen fortgesetzt. In diesem Zusammenhang haben wir einen Bericht über die Situation nationaler Minderheiten in Bosnien und Herzegowina mit besonderem Fokus auf die weiterhin schwierige Lage der Roma-Minderheit erstellt. Zudem haben wir die politischen Entwicklungen in Serbien, insbesondere die anhaltenden Studentenproteste, analysiert und Forderungen an die serbische Regierung sowie an Institutionen der Europäischen Union formuliert. Ein wichtiger Schwerpunkt war die Vorbereitung der Bundestagsdebatte und weiterer Veranstaltungen zum 30. Jahrestag des Genozids in Srebrenica im Juli 2025. Hierzu führten wir Absprachen mit Bundestagsabgeordneten, entwarfen ein Konzept, bereiteten Themen, Ab-

lauf und mögliche Teilnehmende vor und wirkten anschließend an Gedenkveranstaltungen im Deutschen Bundestag, einer Mahnwache am Brandenburger Tor in Berlin und einer Veranstaltung in Karlsruhe mit. Darüber hinaus haben wir ein Aide-Mémoire zur Lage in Bosnien und Herzegowina an den deutschen Außenminister Johann Wadephul verschickt, in dem wir auf die Verschlechterung der sicherheitspolitischen Situation, die separatistische Politik der Führung der Republika Srpska, die anhaltende Diskriminierung von Minderheiten und die weiterhin offenen Forderungen der überlebenden Opfer von Genozid und Kriegsverbrechen aufmerksam machten. Weitere Arbeitsschwerpunkte waren eine Hintergrundanalyse zur sogenannten „Sarajevo-Safari“, die Vorbereitung eines Projektvorschlags zur Fortsetzung der Mediationsarbeit im Frauennetzwerk FOKUS sowie die organisatorische Umstellung der Arbeit der Sektion auf Homeoffice.

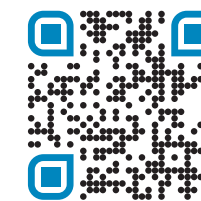


Bei der Srebrenica-Gedenkveranstaltung im Deutschen Bundestag, Foto: Stefanie Grolig/GfbV

# Die Sektion Schweiz

Seit dem 1. Juli 2025 heißt die Schweizer Sektion der GfbV „Voices“. Mit dem neuen Namen, einer neuen Präsidentin und geschärfter Strategie setzt sich Voices weiterhin für Menschenrechte von indigenen und minorisierten Gemeinschaften ein. Voices ist ein eigenständiger Verein mit eigener Finanzierung.

Die neue Website von Voices finden Sie hier:  
[www.voices-ngo.ch/de](http://www.voices-ngo.ch/de)



Das Jahr 2025 hat gezeigt, dass Machthabende dieser Welt vor nichts zurückschrecken, um sich Ressourcen zu sichern und ihre Macht auszubauen. Ob völkerrechtswidrige Kriege in Gaza oder der Ukraine, Menschenrechtsverletzungen in China, Russland oder den USA: Militarismus, Gewalt und Repression sind wieder allgegenwärtig.

Die geopolitische Lage ist besorgniserregend und beschäftigt auch in der Schweiz viele Menschen. Die direkten Folgen tragen aber insbesondere die Menschen, die sich weltweit für Menschenrechte und Umweltschutz einsetzen. Voices arbeitet in langfristigen Partnerschaften mit ihnen zusammen. Gemeinsame Projekte, gezielte Kampagnen und politische Arbeit konnten 2025 in der Schweiz, im Amazonas und in der Arktis Wirkung entfalten.

## SCHWEIZ

Ein Bericht des Bundesrates bestätigt, dass Tibeter\*innen und Uigur\*innen in der Schweiz Überwachung, Einschüchterung und Druck durch die Volksrepublik China ausgesetzt sind. Der Bericht geht auf eine Petition von Voices und ihren Partner\*innen zurück und schafft eine Grundlage für den besseren Schutz und gemeinsamen Einsatz für Grundrechte.

## BRASILIEN

Voices startete eine Kampagne zur Bauxit-Mine MRN im Amazonas und machte auf die Angst der dortigen Flussgemeinschaften vor einem Dammbruch aufmerksam. Sie forderte den Schweizer Konzern Glencore auf, als Aktionär seinen Einfluss für Transparenz und Sicherheit zu nutzen.

Der durch Spenden von Voices mitfinanzierte Hauptsitz von PARIRI, einer Organisation der Gemeinschaft der Mundurukú, konnte fertiggestellt und eröffnet werden.

Im Gebiet der Tupinambá wurden drei Workshops zur Ausbildung von Jugendlichen als „communicadores“ durchgeführt. Angehörige der Yanomami-Gemeinschaft konnten ihre Kakaoproduktion im Vergleich zum Vorjahr auf 250 Kakaobohnen verdoppeln und es konnten 13 Workshops durchgeführt werden.

## WIRTSCHAFT & MENSCHENRECHTE

In der Arktis organisierte Voices Workshops für Sámi-Aktivist\*innen zu den Finanzströmen hinter Rohstoffprojekten. Ziel ist es, die Stimme der indigenen Sámi bei Projekten, die ihre Territorien betreffen, frühzeitig bei den Investor\*innen einzubringen.

Ende 2025 konnte Voices ein Handbuch zu den OECD-Leitsätzen veröffentlichen. Es entstand in enger Zusammenarbeit mit der SIRGE-Koalition (Securing Indigenous Peoples' Rights in the Green Economy), OECD-Watch, Indigenen Expert\*innen und NGOs. Darin werden die OECD-Leitsätze, ihre Relevanz für Indigene Völker sowie der Prozess einer Beschwerde gegen Verstöße Schritt für Schritt erklärt.

# Die Sektion Südtirol

Zu den wichtigsten Aktivitäten des Jahres 2025 gehörte die Organisation der „Annual Minority Rights Lecture: Minderheitenpolitik in der Krise?“ in Zusammenarbeit mit EURAC, bei der Wissenschaftler und Aktivisten zu Gast waren.

Im Rahmen des von Prof. Ugo Vuoso angebotenen Kurses für Kulturanthropologie hielt Mauro di Vieste Fernvorlesungen an der Universität Salerno über die Rechte Indigener Völker, Menschenrechtsverteidiger weltweit sowie zur aktuellen Menschenrechtslage.

Im Laufe des Jahres wurde die neue Ausgabe unserer Zeitschrift PLURAL 2025 mit dem Titel „Religionswechsel: Proselytismus, Konversion, Abkehr vom Glauben“ veröffentlicht. Diese Sonderausgabe in italienischer Sprache wurde digital an die Studierenden des Anthropologiekurses der Universität Salerno verschickt.

Im November organisierten wir das traditionelle Kurdistan Film Festival, bei dem vier Spielfilme und zwei Kurzfilme gezeigt wurden. Einer der zentralen Filme war „Nacht und Nebel in Kurdistan“ der iranisch-kurdischen Regisseurin Shilan Saadi über das Leben junger yezidischer Geflüchteter, die das Massaker von Sinjar überlebt haben.

Im Dezember organisierten wir in Zusammenarbeit mit Bibliothek Kulturen der Welt und Spazio 77 eine öffentliche Veranstaltung mit dem Titel Nubihar: Nuova Primavera, mit der Regisseurin Benedetta Argentieri und dem Journalisten Angelo Miotto.

Auf unserer Hauptwebsite veröffentlichten wir 202 Pressemitteilungen und 52 Dossiers. Die Website verzeichnete fast 100.000 Seitenaufrufe, auch aus vielen außereuropäischen Ländern.

Auf der Website [www.GfbV-Voices.org](http://www.GfbV-Voices.org) hat Wolfgang Mayr im Laufe des Jahres 2025 insgesamt 296 Artikel produziert und veröffentlicht, darunter 75 Podcasts. Die Websites zeigen erste Anzeichen von Überlastung und müssen zeitnah umstrukturiert werden, damit sie weiterhin ordnungsgemäß funktionieren.

Im Laufe des Jahres wurden aufgrund der anhaltenden humanitären Krise in Nordsyrien Kontakte zur NGO Un Ponte Per (UPP) geknüpft, um gemeinsam ein Projekt zur Abfallwirtschaft mit dem Titel „Syrien. Umwelt unter Belagerung“ zu realisieren.

Ende des Jahres nahmen wir an einer Reihe von Online-Treffen zur Schaffung einer internationalen Koordinierungsstelle für die Westsahara-frageteil, um dieses erneut in Vergessenheit geratene Thema zu koordinieren und ihm mehr Sichtbarkeit zu verschaffen. Wir haben an verschiedenen des Friedenszentrums Bozen mitgewirkt.

Zudem wurden mehrere Beratungen für ausländische Bürger durchgeführt, die Probleme im Zusammenhang mit Wohnung, Arbeit, Dokumenten usw. hatten und an bestehende Dienste in der Region verwiesen wurden. Es wurden auch Beratungen für Studenten und Studentinnen durchgeführt, die sich in ihrer Abschlussarbeit mit indigenen Fragen befassten.



Ausstellung „Tibet im Exil“, Unibz, 26/01/2026  
Foto: Mauro di Vieste

# Der Förderverein für bedrohte Völker e.V.

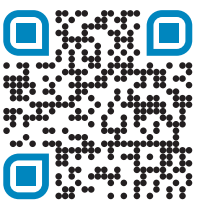
Der Förderverein für bedrohte Völker e.V. unterstützt humanitäre Projekte zur Verbesserung der Lebensbedingungen ethnischer und religiöser Minderheiten. Seit 2006 ist er ausschließlich gemeinnützig tätig und wird rein ehrenamtlich geführt. Spenden werden ohne Abzüge an die Projekte weitergeleitet.

Ein zentraler Schwerpunkt lag auf der Unterstützung von Überlebenden von Krieg und Gewalt im Sudan. Mit der „Bana Group for Peace and Development“ konnten wir besonders Frauen helfen, die von systematischer Gewalt betroffen sind. Ekram Hamza, Direktorin der Gruppe, dankt herzlich für die Spenden, die direkt für humanitäre Notfälle eingesetzt wurden – vor allem für Nahrungsmittel, an denen es im Sudan vielerorts mangelt. Die Unterstützung des Fördervereins konnte so vielen Menschen in einer extrem schwierigen Lage helfen.

Weitere Mittel unterstützten das Institut Yorenka Tasorentsi im brasilianischen Bundesstaat Acre, das der Asháninka-Anführer Benki Piyāko gegründet hat und leitet. Das Institut konnte Maßnahmen zur Stärkung des Umweltschutzes und zur nachhaltigen, umweltfreundlichen Entwicklung des Naturreservats „Reserva Extrativista do Alto Juruá“ durchführen, um die Biodiversität zu erhalten und die Bedürfnisse der dort lebenden indigenen sowie nicht-indigenen Gemeinschaften zu erfassen und nachhaltige Agroforsttechniken zu fördern. Diese Techniken stellen eine nachhaltige Alternative zur konventionellen Viehzucht und Holzwirtschaft dar, die den Urwald im Amazonasgebiet ernsthaft bedrohen.

Der Förderverein ist Eigentümer des Victor-Gollancz-Hauses für Menschenrechte in Göttingen (Geiststraße 7), das an die Gesellschaft für bedrohte Völker vermietet ist und das Bundesbüro beherbergt.

Weitere Informationen zu unseren Projekten finden Sie unter unserer neuen Webadresse:  
[www.gfbv.de/foerderverein](http://www.gfbv.de/foerderverein)



Benki Piyāko pflanzt Mango-Bäume auf Flächen im Amazonas, die illegal brandgerodet wurden. Foto: Eliane Fernandes/GfbV

# Geschäftsführung und Finanzen

Die Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) ist eine internationale Menschenrechtsorganisation und setzt sich für verfolgte und bedrohte ethnische und religiöse Minderheiten, Nationalitäten und indigene Gemeinschaften ein. Die GfbV ist unabhängig und wird überwiegend von privaten Spenden und Mitgliederbeiträgen finanziert.

Wir sind dankbar dafür und für die 2025 uns zugedachten Erbschaften und Vermächnisse. All dies gewährleistete unsere parteipolitische und ideologische Unabhängigkeit.

Als Menschenrechtsorganisation vertreten wir die Interessen von bedrohten Minderheiten auf allen Kontinenten bei Politikern, Verbänden und Medien. Diesen Einsatz haben die Vereinten Nationen anerkannt und der Organisation einen Beraterstatus beim Wirtschafts- und Sozialrat verliehen. Damit hat sie vor UN-Gremien Rederecht und kann die Stimme für verschiedene Minderheiten erheben. Mit Presseerklärungen und Interviews in den Medien, mit der hauseigenen Zeitschrift „Für Vielfalt“, im Internet und in sozialen Netzwerken, mit Ausstellungen, Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen informieren wir die Öffentlichkeit über die Verfolgung und Vernichtung von Minderheiten. Wesentlicher Teil der Arbeit des Vereins wird von Regionalgruppen in verschiedenen Städten und Regionen der Bundesrepublik getan. Diese Gruppen sind das Sprachrohr zu einer breiteren Öffentlichkeit.

Menschenrechtsarbeit ist daher vor allem sehr personalintensiv. Im Kalenderjahr 2025 beschäftigte die GfbV im Jahresdurchschnitt 23 Mitarbeiter\*innen in Voll- oder Teilzeit. Wir reisen mit dem Zug zu Gesprächen mit politischen Ausschüssen und Parlamentarier\*innen, mit Kirchenvertreter\*innen, zu Kongressen oder Podiumsdiskussionen. Oft begleiten wir auch Sprecher\*innen bedrohter Völker zu wichtigen Terminen. Für Menschenrechtsaktionen oder Infostände etwa auf dem Kirchentag oder auf Messen sind meist mehrere von uns unterwegs.

Uns entstehen Druck- und Vertriebskosten für unsere Kampagnenblätter, die wir mehrmals im Jahr verbreiten, aber auch für Reporte und Memoranden, Postkartenaktionen und Rundbriefe. Unter Werbe-, Öffentlichkeits- und Pressearbeit fallen nicht nur die Herstellung von Veranstaltungsplakaten, Handzetteln oder Transparenten. Darin sind auch die Aufwendungen für unsere Menschenrechtsaktionen gefasst, ohne die sich Medien und Öffentlichkeit wohl längst nicht so oft für unsere Themen interessiert hätten. Auch die Pflege unserer Presseverteiler und die Verbreitung unserer Pressemitteilungen, von denen jede Woche mehrere erscheinen, verursachen Kosten.

## **Aufwandsentschädigungen Ehrenamtliche - Vergütung Hauptamtliche**

Vorstand, Rechnungsprüfer, Schiedskommission, Finanzbeirat und Beirat sind ehrenamtlich tätig. Es werden lediglich nachgewiesene Kosten wie Reisekosten ersetzt. Darüber hinaus kann Vorstandsmitgliedern eine Vergütung im Rahmen der Freibeträge nach § 3 Nr. 26 a EStG gezahlt werden. Im Jahr 2025 wurden an fünf Vorstandsmitglieder Aufwandsentschädigungen i.H.v. insgesamt 4.200,00 EUR gezahlt.

Unsere geltende Betriebsvereinbarung (BV) sieht fünf Entgeltstufen, Angestellte in Verwaltung und Vertrieb, im Aktionsreferat, in der Buchhaltung, Referent\*innen sowie. Geschäftsführenden vor. Innerhalb der Gehaltsstufen gibt es jeweils sechs Aufstiegsstufen, die sich an der Dauer der Betriebszugehörigkeit orientieren. Sie werden nach dem ersten, dritten, fünften, zehnten und fünfzehnten Jahr der Anstellung bei der GfbV erreicht. Auf einer Vollzeitstelle mit 40 Wochenarbeitsstunden sollte ein\*e Angestellte\*r in der geringsten Stufe als Einstiegsgehalt 2.167,20 Euro und ein\*e Referent\*in oder Buchhalter\*in mit besonderer Qualifikation und Verantwortung mit mindestens 15-jähriger Zugehörigkeit auf der höchsten Stufe in 4 bis zu 3.821,52 Euro verdienen. Verwaltungsangestellte bekommen in der höchsten Stufe max. 3.274,89 Euro. Die Geschäftsführenden bekommen in der höchsten Stufe bis

4.651,52 Euro (inkl. einer Zulage von 400 Euro). Es gibt zwei Werkstudent\*innen mit 20 Stunden und einem Gehalt von 1.204,67 Euro Brutto.

Alle Mitarbeiter bekommen einen Zuschuss zur betrieblichen Altersvorsorge. Die Betriebsvereinbarung gilt nicht für leitende Angestellte i. S. des § 5 BetrVG.

Tabelle auf Grundlage von Vollzeitstellen (40 Stunden wöchentlich) und Betriebszugehörigkeit in 2025:

| Gruppe | Position                | Durchschnittsgehalt |
|--------|-------------------------|---------------------|
| 1      | Angestellte/Hilfskräfte | 2.889,93 €          |
| 2      | Verwaltung              | 3.234,29 €          |
| 3      | Referent*innen          | 3.366,11 €          |
| 4      | Teamleiter*innen        | 4.621,52 €          |

Es gibt insgesamt zwei Geschäftsführer und eine Geschäftsführerin. Ein Geschäftsführer arbeitet auf 35 Stunden Basis.

Die Gesamtbezüge (brutto inkl. Zulagen) in 2026 der drei Geschäftsführenden sind wie folgt:

|    |                                            |             |
|----|--------------------------------------------|-------------|
| 1) | Geschäftsführer:                           | 55.458,24 € |
| 2) | Geschäftsführer:<br>(35 Stdn./wöchentlich) | 48.501,54 € |
| 3) | Geschäftsführerin:                         | 55.458,24 € |

Die Jahresgesamtbezüge für alle Mitarbeiter der GfbV in 2025 belaufen sich auf 735.146,03 Euro.

Wichtige Gremien der GfbV e.V.

Mitgliederversammlung

Die Mitgliederversammlung wählt alle zwei Jahre die fünf Mitglieder unseres Vorstands, eine dreiköpfige Schiedskommission und jedes Jahr zwei ehrenamtliche Rechnungsprüfer\*innen, die alljährlich im Auftrag des Vereins die Verwendung der Spendengelder sowie die Arbeit der Bundesgeschäftsstelle prüfen. Jedes Mitglied, das der GfbV mindestens drei Monate vor unserer Mitgliederversammlung beigetreten ist und seinen Beitrag vollständig entrichtet hat, hat eine Stimme.

Im November 2025 hat die Mitgliederversammlung in Präsenz stattgefunden. Der Bericht der Bundesregionalgruppen-Teams, der Schiedskommission und der Rechnungs- und Abschlussprüfungsbericht für das Geschäftsjahr 2024 wurde auf der Versammlung am 08. November 2025 vorgelesen und die Entlastung des Vorstands beschlossen.

Vorstand

Unser ehrenamtlicher Vorstand ist für alle Angelegenheiten des Vereins zuständig und unser finanz- und personalverantwortliches Gremium. Er orientiert sich an den in der Satzung definierten Aufgabenbereichen (§ 7). Er führt die laufenden Geschäfte, insbesondere die Ausgestaltung unserer politischen Arbeit, delegiert diese Aufgaben jedoch an die dafür angestellten hauptamtlichen Kräfte. Der Vorstand bereitet die Mitgliederversammlung vor und ist dafür verantwortlich, dass die dort getroffenen Beschlüsse ausgeführt werden. Der Vorstand ist das finanz- und personalverantwortliche Gremium. Weitere Aufgaben des Vorstandes ergeben sich aus der Satzung.

Beirat

Der GfbV-Beirat besteht aus mindestens fünf Mitgliedern, berät und unterstützt die Mitgliederversammlung und unseren Vorstand. Dieser be-

ruft Personen in den Beirat, die durch ihr öffentliches Wirken in besonderem Maße unsere Ziele unterstützen. Der Vorstand hat bei der Erarbeitung des Jahresprogramms sowie für wichtige politische Entscheidungen die besonderen Fachkenntnisse und Kontakte der Beiratsmitglieder zu nutzen.

Experten

Mindestens 40 Expert\*innen arbeiteten 2025 weltweit ehrenamtlich mit der GfbV zusammen. Die Expert\*innen beraten die GfbV-Referent\*innen, knüpfen Kontakte zu Betroffenen und stellen ihr spezifisches, tiefgehendes Wissen über einzelne Länder und Regionen sowie ethnische und religiöse Minderheiten kostenlos zu Verfügung.

Regionalgruppen

Ohne das ehrenamtliche Engagement vieler Menschen könnte die Arbeit der GfbV nicht funktionieren. Unsere sieben Regionalgruppen (RG) sind für uns durch nichts zu ersetzen und ein wichtiger Teil unserer Menschenrechtsorganisation. Sie werden vom Vorstand und Bundesbüro gefördert, organisieren Informationsveranstaltungen und Mahnwachen, werben für Unterstützung von Projekten und Kampagnen. Ihre Stellung und Tätigkeit sind in unserem für alle verbindlichen Regionalgruppenstatut geregelt. Alljährlich sind alle Regionalgruppen-Mitglieder zu einem Regionalgruppentreffen eingeladen.

GfbV Sektionen

Der Verein *Voices* vormals **GfbV Schweiz** wurde im Sommer 2025 umbenannt und ist ein komplett eigenständiger Verein mit eigener Finanzierung und eigenen Projekten. Ein Erfolg war z.B. die Einsetzung eines Verantwortlichen für Transnationale Repression auf Bundesebene. U.a. setzen sie sich für die Sami und gegen die Abholzung des Regenwaldes ein.

Die **Sektion Südtirol** widmete sich im Jahr 2025 intensiv der Menschenrechtsbildung und Kultur-

arbeit, u.a. durch eine Fachvorlesung an der Universität Salerno sowie die Organisation des traditionellen Kurdistan Film Festivals. Ein thematischer Schwerpunkt lag auf der Veröffentlichung der Fachzeitschrift PLURAL zum Thema Religionswechsel sowie auf umfangreicher digitaler Aufklärungsarbeit mit über 200 Pressemitteilungen und 75 produzierten Podcasts. Darüber hinaus koordinierte die Sektion internationale Hilfsprojekte für Regionen wie Nordsyrien und die Westsahara und bereitete eine erfolgreiche Fotoausstellung über tibetische Geflüchtete an der Universität Bozen vor.

Die **Sektion Bosnien und Herzegowina** warnt in ihrem Tätigkeitsbericht vor einer kritischen Sicherheitslage durch die separatistische Politik der Republika Srpska. Neben der mangelnden juristischen Aufarbeitung von Kriegsverbrechen und der Diskriminierung von Minderheiten fordert die Organisation von der Bundesregierung strikte EU-Sanktionen und eine stärkere Rechtsstaatlichkeitsmission. Um den langfristigen Frieden zu sichern, wurde zudem das Frauen-Mediationsprojekt „FOKUS“ in ehemaligen Vertreibungsgebieten initiiert. Aus Kostengründen verlegte die Sektion ihre Arbeit vollständig ins Homeoffice.

GfbV International

In GfbV-International zusammengeführte verschiedene Sektionen arbeiten u.a. bei der Arbeit mit den Vereinten Nationen zusammen. Sie hat sich im Berichtszeitraum regelmäßig zu Sitzungen und zum Austausch getroffen. Unter der Leitung des Präsidenten der GfbV international Andreas Bummel, wurden die Kernthemen der Menschenrechtsarbeit in den jeweiligen Sektionen besprochen. Die Direktorin der Sektion Bosnien-Herzegowina hat nach dem Renteneintritt von Jasna Causevic, die für die deutsche Sektion für den Weltbalkan zuständig war, für dieses Gebiet auch die Pressearbeit für die GfbV Deutschland übernommen. Die GfbV Deutschland koordiniert die Arbeit aller Sektionen in den Vereinten Nationen. Schriftliche und mündliche Stellungnahmen wurden abgesprochen und erfolgreich einge-

reicht. Zwischen den jeweiligen Referentinnen und Referenten der unterschiedlichen Sektionen findet auch bilateral ein Austausch statt. Für 2026 wurden weitere gemeinsame Projekte vorbereitet.

## Mitgliedschaften

Die Gesellschaft für bedrohte Völker arbeitet von Fall zu Fall mit anderen Menschenrechtsorganisationen und Umweltgruppen zusammen. Wir geben gemeinsam mit ihnen Pressemitteilungen heraus oder kooperieren erfolgreich bei Veranstaltungen. Mitglied sind wir bei:

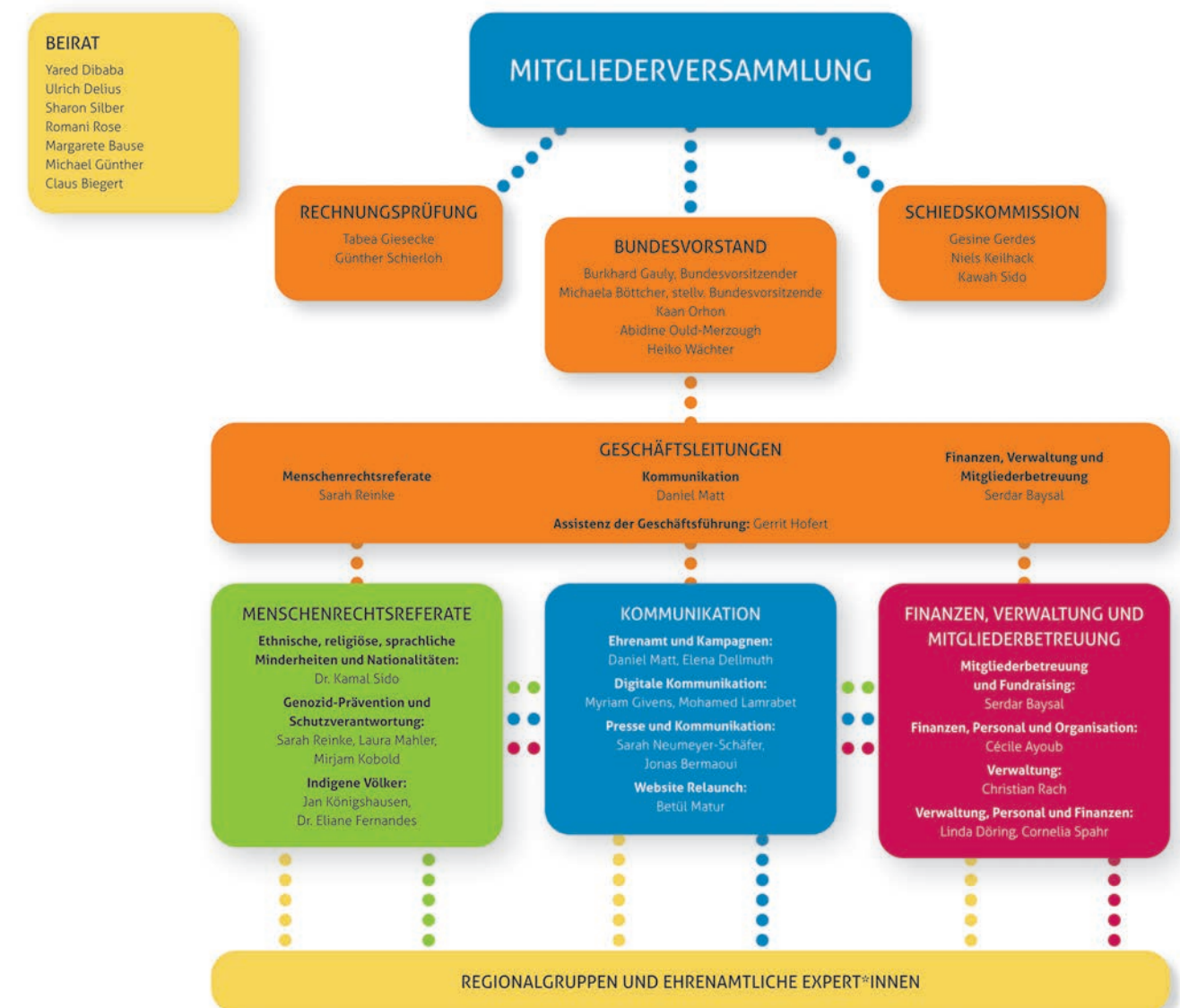
- International Council for the Responsibility to Protect ICRtoP, New York
- Arbeitskreis ILO169
- KoBra (Kooperation Brasilien)
- Klima-Allianz Deutschland (Berlin)

- Initiative Lieferkettengesetz Deutschland
- Initiative Transparente Zivilgesellschaft
- Forum Menschenrechte (Berlin)
- CorA-Netzwerk für Unternehmensverantwortung
- Adivasi-Koordination in Deutschland e.V. (Kassel)
- Burma Global/European Burma Human Rights Network (London)
- International Tibet Network (London)
- Nobody's Listening (London)
- Bündnis für Solidarität mit den Sinti und Roma Europas (Berlin)
- Geneva Support Group (GSG) in Genf
- Coalition against Transnational Repression in Germany
- Berlin Hub for Human Rights Defenders
- Völkermord verjährt nicht / No Amnesty on Genocide
- Maasai International Solidarity Alliance (MISA)

# ORGANISATIONSSTRUKTUR



Gesellschaft für bedrohte Völker



Stand: 09.10.2026

Der Sitz der Bundesgeschäftsstelle der Gesellschaft für bedrohte Völker Deutschland ist Göttingen.

## Finanzen

### Transparenz und Kontrolle

Die Übersicht über unsere Finanzen für das Geschäftsjahr 2025 wurde nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB) und den Vorgaben der IDW Stellungnahme zur Rechnungslegung von Vereinen (IDW RS HFA 14) und Besonderheiten der Rechnungslegung Spenden sammelnder Organisationen (IDW RS HFA 21) erstellt.

Die GfV unterzieht sich jährlich der freiwilligen Bewertung unter Berücksichtigung der Leitlinien des Deutschen Zentralinstituts für soziale Fragen (DZI). Die Rechnungslegung erfolgte auf der Basis einer ordnungsgemäßen Buchführung und kaufmännischer Prinzipien.

### Wirtschaftsprüfung

Der Jahresabschluss für die GfV wird regelmäßig durch eine Wirtschaftsprüfungsgesellschaft ge-

prüft. Die Prüfung für das Geschäftsjahr 2025 erfolgte im August 2026 durch die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Beckmann und Partner mbB (Göttingen), mit Datum vom 24. August 2026 wurde ein uneingeschränkter Bestätigungsvermerk erteilt.

Rechnungsprüfer

Einmal jährlich prüfen unsere beiden Rechnungsprüfer\*innen in unserer Bundesgeschäftsstelle in Göttingen ehrenamtlich unsere Kasse. Für das Geschäftsjahr 2025 fand die Prüfung am 04. August 2026 statt. Die Rechnungsprüfer empfehlen die Entlastung des Vorstandes.

DZI

Das Deutsche Zentralinstitut für soziale Fragen (DZI) prüft jährlich, ob die GfbV das Spendensiegel erneut zuerkannt bekommt. Mit dem Siegel wird eine wirtschaftliche und satzungsgemäße Verwendung der Spenden bescheinigt. Es ist Zeichen sorgfältig geprüfter Seriosität und Spendenwürdigkeit und wird der GfbV e.V. seit 2007 regelmäßig zuerkannt.

Controlling

Für jedes Geschäftsjahr wird ein Haushaltsplan erstellt, der vom Vorstand genehmigt wird. Die Einhaltung dieses Plans wird durch ständigen Soll-/Ist-Vergleich nachgehalten. Statistiken werden tagesaktuell gepflegt. Der Vorstand erhält regelmäßige Finanzberichte.

Einnahmen

Wer der GfbV spendet, unterstützt unsere Arbeit für ethnisch und religiös verfolgte Minderheiten. Dazu gibt es vielfältige Möglichkeiten: Treue Dauerspender\*innen, Mitglieder sowie Förder\*innen unterstützen uns regelmäßig. Einige Menschen berücksichtigen die GfbV in ihrem Testament, um sich über den Tod hinaus für eine friedliche Zukunft zu engagieren. An Bußgeldern wurden uns 2025 leider keine zugewiesen. Wir haben uns

allen Richter\*innen und Staatsanwält\*innen in Niedersachsen mit der Zusendung eines Infoblattes in Erinnerung gebracht.

Im Geschäftsjahr 2025 lagen die Gesamteinnahmen bei 1.742.803,13 EUR (2024 1.848.485,92 EUR) und somit etwas unter denen des Vorjahres.

Die Spenden machten 32,10 Prozent unserer Einnahmen aus und waren neben den Mitgliedsbeiträgen die wichtigste finanzielle Säule.

Die Anzahl unserer Mitglieder und Förderer verzeichnete einen geringen Rückgang. Im Jahr 2025 waren es 2,17 % weniger Mitglieder, bei den Förderern 1,72 % als 2024 – was bei den Mitgliedern und Abonent\*innen durch Auswirkungen des demografischen Wandel zu begründen ist. Ebenso gibt es einen Rückgang von 3,05% bei den Abonent\*innen.

Am 31. Dezember 2025 hatte die GfbV-Deutschland 4.185 Mitglieder und 630 Förder\*innen. Unsere Zeitschrift „Für Vielfalt“ wurde von 2.227 Leserinnen und Lesern abonniert.

Ausgaben

Insgesamt haben sich die allgemeinen Ausgaben etwas reduziert, z.B. bei den Reparaturen und Instandhaltungen, sonstige Personalkosten und Raumkosten, bei der Werbe- und Öffentlichkeitsarbeit, den Bewirtungskosten, Kurier- und Telefonkosten und den Buchführungskosten, wobei sich die Mieten, Nebenkosten, Projekt- und Reisekosten, Druck- und Vertriebskosten und Rechts- und Beratungskosten etwas erhöht haben. Aber im Durchschnitt sind die Aufwendungen im ideellen Bereich leicht gesunken, für den Zweckbetrieb etwas gestiegen.

Daraus ergibt sich für das Jahr 2025 ein Jahresfehlbetrag von 28.827,16 EUR.

Bilanz

Die Bilanzsumme in Höhe von 1.609.787,43 EUR ist um 286.257,67 EUR niedriger als im Vorjahr. Im Geschäftsjahr 2025 wurden Anschaffungen in Höhe von 25.724,38 EUR getätigt. Die Abschreibungen des Geschäftsjahres belaufen sich auf 21.100,88 EUR. Die Rückstellungen liegen mit 71.600,00 EUR um 17.000,00 EUR unter denen des Vorjahres.

Von den sonstigen Rückstellungen entfallen 39.700 EUR auf Verpflichtungen aus dem Personalbereich.

Die Verbindlichkeiten sind 2024 von 47.344,48 EUR in 2025 auf 53.762,19 EUR etwas gestiegen. Die Betriebsmittelrücklage über 517.000,00 EUR deckt die laufenden wiederkehrenden Kosten für das erste Halbjahr ab.

Allgemeine finanzielle Lage

Die finanzielle Lage der Gesellschaft für bedrohte Völker ist weiterhin stabil. Das Geschäftsjahr 2025 wurde mit einem Jahresfehlbetrag von -28.827,16 EUR abgeschlossen.

Darüber hinaus bestehen zum Bilanzstichtag noch nicht verbrauchte Spendenmittel in Höhe von 1.484.425,24 EUR. Die Gesamtsumme der für die Menschenrechtsarbeit aufgewendeten Mittel beträgt 1.771.630,29 EUR. Der Bestand an flüssigen Mitteln in Höhe von 1.439.276,74 EUR, wovon 1.200.000,00 EUR in Wertpapieren angelegt sind, ist ausreichend, um alle kurzfristig anstehenden Zahlungsverpflichtungen zu begleichen.

Unter Berücksichtigung gleichbleibender Spendeneingänge und eines stabilen Mitgliederbestands, ist die finanzielle Lage der GfbV e.V. zukünftig gesichert.

EINNAHMEN 2025 UND 2024

|                                                                                 | 2025                                |                           | 2024                                  |                           |
|---------------------------------------------------------------------------------|-------------------------------------|---------------------------|---------------------------------------|---------------------------|
| Erbschaften                                                                     | 40.281,24 €                         | 2,31 %                    | 2.004,90 €                            | 0,11 %                    |
| Bußgelder                                                                       | 0,00 €                              | 0,00 %                    | 0,00 €                                | 0,00 %                    |
| Mitgliedsbeiträge                                                               | 481.910,61 €                        | 27,65 %                   | 487.363,62 €                          | 26,37 %                   |
| Förderbeiträge                                                                  | 66.673,03 €                         | 3,83 %                    | 66.789,71 €                           | 3,61 %                    |
| Zuwendungen anderer Organisationen/<br>Zuschüsse                                | 187.648,12 €                        | 10,77 %                   | 99.335,65 €                           | 5,37 %                    |
| Ertrag aus Spendenverbrauch<br><i>Vereinnahmte Spenden</i>                      | 806.392,39 €<br><i>559.544,17 €</i> | 46,26 %<br><i>32,10 %</i> | 1.006.191,04 €<br><i>627.535,22 €</i> | 54,53 %<br><i>33,95 %</i> |
| Erlöse (Umsatzerlöse/Erträge aus<br>Vermietung und Zuschreibung<br>Wertpapiere) | 114.667,73 €                        | 6,58 %                    | 134.532,20 €                          | 7,28 %                    |
| Zinserträge                                                                     | 45.230,01 €                         | 2,60 %                    | 52.268,80 €                           | 2,83 %                    |
| <b>Gesamt</b>                                                                   | <b>1.742.803,13 €</b>               | <b>100,00 %</b>           | <b>1.848.485,92 €</b>                 | <b>100,00 %</b>           |

GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG 2025 UND 2024

| Erträge                                                           | 2025                  | 2024                  |
|-------------------------------------------------------------------|-----------------------|-----------------------|
| Geldspenden                                                       | 873.065,42 €          | 1.072.980,75 €        |
| <i>Spendenerträge</i>                                             | <i>806.392,39 €</i>   | <i>1.006.191,04 €</i> |
| <i>Förderbeiträge</i>                                             | <i>66.673,03 €</i>    | <i>66.789,71 €</i>    |
| Nachlässe                                                         | 40.281,24 €           | 2.004,90 €            |
| Mitgliedsbeiträge                                                 | 481.910,61 €          | 487.363,62 €          |
| <b>Sammlungseinnahmen</b>                                         | <b>1.395.257,27 €</b> | <b>1.562.349,27 €</b> |
| Zuwendungen anderer Organisationen                                | 155.098,28 €          | 97.912,00 €           |
| Umsatzerlöse aus steuerpfl. Geschäftsbetrieb                      | 943,45 €              | 1.245,27 €            |
| Umsatzerlöse aus Zweckbetrieb                                     | 107.714,28 €          | 117.996,43 €          |
| <i>Zeitschrift Für Vielfalt (ehemals bedrohte Völker)</i>         | <i>46.332,68 €</i>    | <i>53.437,89 €</i>    |
| <i>Bildkalender Lebenszeichen</i>                                 | <i>58.834,67 €</i>    | <i>64.558,54 €</i>    |
| Zins- und Vermögenseinnahmen                                      | 51.240,01 €           | 67.478,80 €           |
| Sonstige Einnahmen                                                | 32.549,84 €           | 1.504,15 €            |
| <b>Summe</b>                                                      | <b>1.742.803,13 €</b> | <b>1.848.485,92 €</b> |
| <b>Aufwendungen</b>                                               | <b>2025</b>           | <b>2024</b>           |
| <b>Programmausgaben</b>                                           |                       |                       |
| Personalausgaben                                                  | 725.771,92 €          | 750.718,06 €          |
| Sach- und sonstige Ausgaben                                       | 587.265,49 €          | 562.644,63 €          |
| <b>Ausgaben für Werbung und Öffentlichkeitsarbeit</b>             |                       |                       |
| Personalausgaben                                                  | 72.861,07 €           | 75.365,44 €           |
| Sach- und sonstige Ausgaben                                       | 82.537,43 €           | 76.018,95 €           |
| <b>Verwaltungsausgaben</b>                                        |                       |                       |
| Personalausgaben                                                  | 151.814,62 €          | 152.688,42 €          |
| Sach- und sonstige Ausgaben                                       | 151.164,81 €          | 159.503,47 €          |
| <b>Gesamtausgaben</b>                                             | <b>1.771.397,34 €</b> | <b>1.776.938,95 €</b> |
| Ausgaben für Vermögensverwaltung                                  | 24,20 €               | 853,98 €              |
| Ausgaben des steuerpflichtigen wirtschaftlichen Geschäftsbetriebs | 208,75 €              | 181,75 €              |
| <b>Summe</b>                                                      | <b>1.771.630,29 €</b> | <b>1.777.974,68 €</b> |
| <b>Jahresfehlbetrag (-)/Jahresüberschuss</b>                      | <b>-28.827,16 €</b>   | <b>70.511,24 €</b>    |

BILANZ ZUM 31. DEZEMBER 2025 (UND VORJAHR)

| Aktiva                                           | 2025           |          | 2024           |          |
|--------------------------------------------------|----------------|----------|----------------|----------|
| Anlagevermögen                                   | 78.747,50 €    | 4,89 %   | 74.124,00 €    | 3,91 %   |
| Immaterielle Vermögensgegenstände                | 31.403,50 €    | 1,95 %   | 13.820,00 €    | 0,73 %   |
| Sachanlagen                                      | 47.344,00 €    | 2,94 %   | 64.287,00 €    | 2,88 %   |
| Umlaufvermögen                                   | 1.520.546,29 € | 94,46 %  | 1.813.253,84 € | 95,64 %  |
| Forderungen aus Lieferungen und Leistungen       | 8.130,20 €     | 0,51 %   | 9.882,64 €     | 0,52 %   |
| Sonstige Vermögensgegenstände                    | 73.139,35 €    | 4,54 %   | 73.714,21 €    | 3,89 %   |
| Wertpapiere                                      | 1.200.000,00 € | 74,54 %  | 1.400.000,00 € | 73,84 %  |
| Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten  | 239.276,74 €   | 14,86 %  | 329.656,99 €   | 17,39 %  |
| Rechnungsabgrenzungsposten                       | 10.493,64 €    | 0,65 %   | 8.667,26 €     | 0,46 %   |
| Summe Aktiva                                     | 1.609.787,43 € | 100,00 % | 1.896.045,10 € | 100,00 % |
| Passiva                                          | 2025           |          | 2024           |          |
| Noch nicht verbrauchte Spendenmittel             | 1.484.425,24 € | 92,21 %  | 1.760.100,62 € | 92,83 %  |
| Noch nicht satzungsgemäß verwendete Spenden      | 1.405.677,74 € | 87,32 %  | 1.685.976,62 € | 88,92 %  |
| davon freie Rücklagen                            | 50.000,00 €    |          | 50.000,00 €    |          |
| davon Betriebsmittelrücklage                     | 517.000,00 €   |          | 599.000,00 €   |          |
| Längerfristig gebundene Spenden                  | 78.747,50 €    | 4,89 %   | 74.124,00 €    | 3,91 %   |
| Sonstige Rückstellungen                          | 71.600,00 €    | 4,45 %   | 88.600,00 €    | 4,67 %   |
| Verbindlichkeiten                                | 53.762,19 €    | 3,34 %   | 47.344,48 €    | 2,50 %   |
| Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten     | 1,60 €         | 0,00 %   |                | 0,00 %   |
| Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen | 39.437,60 €    | 2,45 %   | 27.657,34 €    | 1,46 %   |
| Sonstige Verbindlichkeiten                       | 14.322,99 €    | 0,89 %   | 19.687,14 €    | 1,04 %   |
| Summe Passiva                                    | 1.609.787,43 € | 100,00 % | 1.896.045,10 € | 100,00 % |



# Auf einen Blick

## Vorstand und wichtige ehrenamtliche Gremien

### Vorstand 2025

Burkhard Gauly (Karlsruhe), Bundesvorsitzender  
Michaela Böttcher (Halle an der Saale), stellvertretende Bundesvorsitzende  
Kaan Orhon (Göttingen)  
Abidine Ould-Merzough (Aachen)  
Heiko Wächter (Hitzacker)

### Kassenprüfung 2025

Günther Schierloh (Göttingen)  
Tabea Giesecke (Göttingen)

### Schiedskommission 2025

Niels Keilhack (Göttingen)  
Gesine Gerdes (Berlin)  
Kawah Sido (Bad Salzschlirf)

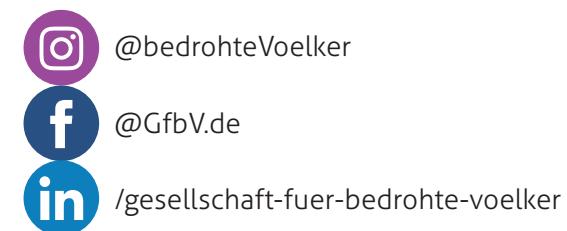
## Kontakt

Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV)  
Geiststraße 7  
37073 Göttingen

Postanschrift:  
Postfach 2024  
37010 Göttingen

Tel. 0551 499 06-0  
Fax 0551 58028  
E-Mail: [info@gfbv.de](mailto:info@gfbv.de)  
Web: [www.gfbv.de](http://www.gfbv.de)

Unsere Social Links:



### Zweigstelle in Berlin

Gesellschaft für bedrohte Völker  
Reinhardtstraße 27b  
10117 Berlin  
Tel. 030 42804891, Fax 030 42804916  
E-Mail: [info@gfbv.de](mailto:info@gfbv.de)

# Impressum

Gesellschaft für bedrohte Völker e.V. (GfbV)  
Postfach 2024, D-37010 Göttingen  
Tel.: +49 551 49906-0, Fax: +49 551 58028  
E-Mail: [info@gfbv.de](mailto:info@gfbv.de), [www.gfbv.de](http://www.gfbv.de)

Spendenkonto bei der Sozialbank:  
(IBAN) DE07 2512 0510 0000 506070  
(BIC) BFSWDE33XXX



Die GfbV ist eine Menschenrechtorganisation für verfolgte ethnische und religiöse Minderheiten; NGO mit beratendem Status bei den Vereinten Nationen. Sektionen, Büros und Repräsentant\*innen in Bosnien-Herzegowina, Deutschland, Großbritannien, Südtirol/Italien, Kurdistan/Irak, der Schweiz und den USA.

Redaktion: Jonas Bermaoui

Layout: Tanja Pfifferling

Titelbild: Stefanie Grolig/GfbV

Herausgegeben von der  
Gesellschaft für bedrohte Völker  
im Oktober 2026

*Für Menschenrechte. Weltweit.*



Gesellschaft für  
bedrohte Völker



EUROPS SHAME!  
Völkermord 8.372  
Ermordete in SREBRENICA, July 1995

EUROPS SHAME!  
Völkermord 8.372  
Ermordete in SREBRENICA, July 1995

EUROPS SHAME!  
Völkermord 8.372  
Ermordete in SREBRENICA, July 1995